A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 20 Pfg.

Dienstag, 9. August 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau u. Welt", „Lehren u. Lernen", „Reisen u. Wandern"

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernsprecher: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32; Fernsprecher: Nollendorf 5980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107 941

Bezugspreis monatlich Mk. 18.— Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Österreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Zeilengrenze Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50

Dienstag, 9. August 1921

60. Jahrg. Nr. 369 B 110

Tages-Spiegel.

Lloyd George betonte in seiner Ansprache auf der ersten Sitzung, das oberschlesische Problem sei erst „durch die äußeren Umstände" so verwickelt geworden; er forderte von den Delegierten ernsten Willen zu einer Einigung.

★

Briand beabsichtigt, nach dem „New York Herald", einen Kompromißvorschlag zu machen, der sich dem englischen Plane annähert.

★

In der heutigen Sitzung des Obersten Rates werden die Mitglieder der Interalliierten Kommission unter anderem über die Frage der Sicherungen gehört werden.

Dr. Lukaschek über Oberschlesien.

Der Vorsitzende des deutschen Ausschusses für Oberschlesien, Landrat Dr. Lukaschek, äußert sich über die oberschlesische Frage folgendermaßen:

Es ist und bleibt deutsche Forderung, daß Oberschlesien mit Deutschland beisammen bleiben werde. Und wenn die alliierten Mächte ihre Entscheidung gemäß dem Friedensvertrage von Versailles treffen wollen, wie es die Staatsmänner der Entente behaupten, so werden sie nicht umhin können, den deutschen Standpunkt als richtig anzuerkennen.

Bei der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens fallen nach § 5 des Anhanges zu Art. 88 des Friedensvertrages von Versailles sowohl der den Ort der Abstimmung ausgesprochene Wunsch, wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Gebietsteile Berücksichtigung finden. Sie wissen, das Abstimmungsgebiet hat sich mit 60% für Deutschland und nur mit 40% für Polen entschieden, und gestern sahen Sie das Abstimmungsergebnis der 17 Kreise bekanntlich, so werden Sie finden, daß nur drei von ihnen eine größere polnische Mehrheit aufweisen, davon Pleß und Rybnik eine ziemlich erhebliche. Trotzdem eine verhältnismäßig geringe, wird man nicht bezweifeln darf, daß die Abstimmung unter stärkstem polnischen Terror stattgefunden hat. Wenn man nun annimmt, daß die Bewohner dieser drei Kreise wünschte wirklich Polen zugeteilt zu werden, so müßte man noch dem gegenüberstellen, daß Hindenburgsche Fortgehen, das aber gerade mit der geographischen und wirtschaftlichen Lage beschränken.

Ist jedoch, die die Verhältnisse kennt, ist es klar, daß die Abtrennung dieser drei Kreise für sie selbst die größte Schädigung mit sich bringen würde. Bedenken Sie, Rybnik ist ein sehr reiches, aber noch nicht aufgeschlossenes Ackerland, mit dem die Polen nichts anfangen können, ganz anders als Oberschlesien. Kreise bestehen sie selbst genug. Zudem geht ein großer Teil der Produktion dieses Kreises in das Industriegebiet, so daß Rybnik, auch vom Zusammenhang mit diesem getrennt, schwer geschädigt würde. Ein großer Teil der Rybniker Industrie würde verdrängt werden. Ähnlich ähnlich gilt vom Kreise Pleß, wenigstens was den nördlichen Teil angeht, in dem die Industrie sitzt. In dem südlichen Teil, der Wald- und Weidegebiete aufweist, dürfte den Polen wenig gelegen sein, denn das besitzen sie selbst genügend. Ich aber gingse mit der Abtrennung des Kreises Pleß ein großer Teil einer im Aufblühen begriffenen deutschen Kultur verlieren. Auch mit der Zumessung des Kreises Tarnowitz an Polen wäre diesem kaum gedient, denn Tarnowitz hat nur unbedeutende Erzvorkommen, dagegen würde durch eine Abtrennung die Wasserversorgung des Industriebezirks auf das schwerste gefährdet werden.

Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte sprechen also gegen eine Abtrennung dieser drei Kreise mit deutschen Mehrheit. Die Bevölkerung würde bei Polen der Verelendung entgegengehen. Polen würde von den drei Kreisen keinen Nutzen, Deutschland durch den Verlust aber erheblichen Schaden erleiden. Begreiflich der „Sehnsucht" der Bevölkerung nach Polen, ist darauf hinzuweisen, daß mehrere Betriebsteile der größeren Industrieunternehmungen sich dagegen ausgesprochen haben, daß Rybnik und Pleß vom Industriegebiet losgetrennt und zu Polen geschlagen werden. Ein großer Teil der Bevölkerung hat auch bekanntlich nur polnisch gestimmt, weil sie glaubten, wenn die Deutschen fortgingen, würden sie selbst die Herren werden. Es sind also die logischen Gegenzüge, die bäumen spielen, wie das auch im dritten Aufstand deutlich zum Ausdruck kam, wo die Reichen ausgeplündert wurden, und die Leute die Werte in eigenem Besitz nehmen wollten. Demgegenüber trat die nationale Idee zurück. Sie wurde in der Hauptsache durch die Kongreßwoken propagiert.

Sie sehen, selbst bei drei Kreise mit polnischer Mehrheit könnten nur unter scharfster Schädigung für die Bevölkerung von Land und Leuten von Deutschland abgetrennt werden, und wenn bei Theorie Not eine gerechte Entscheidung will, muß der Gesamtheit der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch hier bei Kreise bei Deutschland bleiben. Oberschlesien ist eben, wie ein großes Kontinent, unteilbar. Eine Zerreißung des industriellen Mittelpunkts würde unabsehbare Werte vernichten und zu einem ungeheuren Schaden für die Weltwirtschaft bedeuten.

Auf die Frage des polnischen Journalisten, wie Dr. Lukaschek die Aussichten für einen neuen Putsch von polnischer Seite beurteile, wurde ihm erwidert:

Uns liegt ein reiches Material über polnische Vorbereitungen zu einer militärischen Aktion nach Oberschlesien vor, wobei bemerkenswert ist, daß diese Vorbereitungen nicht mehr in der Weise als bei früheren Aufständen die Hand im Spiele hat. Und wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Ministerpräsident Grabski noch am 29. Juli im polnischen Parlament erklärte, wenn die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien für die deutschen Interessen gefährde, so habe die polnische Regierung sich geschworen, sich diese Hand verschlagen, so muß man mit ernster Sorge den kommenden Tagen entgegensehen. Angesichts der Tatsache, daß die französischen Truppen offen und ohne Scheu mit den Polen zusammenarbeiten, kann man es wohl bereuen, wenn die deutsche Bevölkerung nur in einer Verfassung der englischen und französischen Beobachtungstruppen eine Gewähr für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den Tagen nach der Entscheidung erblickt.

Was die polnische und französische Presse von deutschen Publizistikschriften schreibt, gehört in das Gebiet der Fabel und ist nur dazu erdacht, um die militärischen Vorbereitungen Polens mit dem Schein des Rechts zu umgeben.

Der Reichskanzler und die Zentrumspartei

Ein Berliner Blatt hatte in diesen Tagen die Nachricht verbreitet, daß der Reichskanzler Dr. Wirth den Abgeordneten Erzberger zum Nachfolger Trimborns als Parteivorsitzenden des Zentrums in Vorschlag gebracht habe. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entbehrt diese Mitteilung jeglicher Grundlage.

Verhandlungen in der Elbschiffahrtsfrage.

Eigene Drahtmeldung.

X. Prag, 8. August.

Ueber die Abtretung des sächsischen Elbschiffsparks an Tschechien fanden im Sinne der Entscheidung des amerikanischen Schiedsrichters Hynes zwischen Abordnungen beider Staaten Verhandlungen in Aussig und Dresden statt. Nach der Entscheidung Hynes hat Deutschland an die Tschecho-Slowakei abzutreten: An Schleppdampfern 15 000 Pferdestärke, an Hafendampfern 1890 Pferdestärke, an Kastendampfern 1340 t, ferner Lastkähne mit einer Tragfähigkeit von 173 000 t, Schiffskräne, Lagerhäuser und Hafenanlagen in Magdeburg.

Bei den Verhandlungen wurden die Abtretungsobjekte, die Gattung des Schiffsparks, die Art und Zeit der Uebergabe, die noch vor Beginn der kommenden Schiffahrtsperiode erfolgen soll, festgestellt. Man einigte sich über die Art der Abtretung von Schiffahrtseinrichtungen, die auf tschecho-slowakischem Boden sich befinden und aus diesem Grunde dem Schiedsrichter nicht zur Entscheidung vorgelegt worden waren, die jedoch zur Aufrechterhaltung des tschecho-slowakischen Schiffsverkehrs notwendig sind. Es handelt sich hier insbesondere um Lagerhäuser und Kranseinrichtungen.

Es wurden schließlich die bestehenden Beziehungen deutscher Schiffahrtsunternehmungen zu der Tschecho-Slowakei erörtert und auch die Regelung dieser Verhältnisse nach Uebergabe des erwähnten Schiffsparks durchgesprochen. Soweit sich die Verhandlungen auf Schiffe beziehen, die in der Entscheidung des Schiedsrichters zwar angeführt, aber noch von dem dazu berufenen Ingenieur Neudörfer nachgeprüft werden sollen, ist die Genehmigung durch den Schiedsrichter erforderlich.

Rifulis Bedingungen.

Eigene Drahtmeldung.

P. London, 9. August.

Den „Times" wird aus Tanger gemeldet, daß Raisuli auf dem Wege sei, Fez zu verlassen, um mit der spanischen Regierung gestellten Bedingungen zu ergeben. Raisuli fordert, zum Kalifen der spanischen Zone gewählt zu werden. Die Rif-Stammesführer sandten ein Schreiben an Raisuli, worin sie ihn beschwören, den Spaniern in Marokko zu Hilfe zu kommen zu sein. Sie forderten ihn darin auf, daß er mit ihnen die Waffen gegen die Spanier ergreife.

★

Das Anerbieten, das Raisuli macht, ist nicht neu. Seine Ernennung zum Kalifen fiel aus mehrfachen Gründen eine Unmöglichkeit dar. Anhang hat er nur in den Gegenden von Tanger, nicht aber in den anderen Bezirken. Außerdem besteht schon ein Kalif, der seinerzeit im Einverständnis von Spanien und Frankreich ernannt worden ist. Wenn auch die spanische Regierung vielleicht Raisuli berechtigt wäre, einen neuen Kalifen zu ernennen, so wäre doch die Aufnahme Raisulis zu dieser Rolle gerade mit Rücksicht auf Frankreich, mit dem Spanien nach einer Niederlage noch mehr als vorher rechnen muß, ganz ausgeschlossen. Ueberdies würde ein Kalifat Raisuli praktisch die Beendigung der ganzen spanischen Herrschaft bedeuten.

In der militärischen Lage ist nach den amtlichen Berichten keine wesentliche Aenderung eingetreten.

Meuterei spanischer Truppen.

Paris, 9. August. (E. U.) An Bord des spanischen Truppentransportdampfers „Valencia", der Verstärkungen nach Marokko bringen sollte, entstand eine Meuterei. Zwei Torpedojäger mußten ihre Kanonen auf den Transportdampfer richten, um die Meuterei zu beenden.

Wiederaufnahme der griechischen Offensive

P. London, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der „Times" aus Smyrna ist die griechische Offensive 24 Kilometer nördlich von Bilecik wieder aufgenommen worden. Die Türken sind auf dem Rückzuge.

Basel, 9. August. (Eigene Drahtmeldung). Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Trapezunt, Samsun und andere Häfen des Schwarzen Meeres.

Besprechung der Russenhilfe.

London, 8. August. (W. T. B.) Chamberlain teilte im Unterhause mit, daß die Hungersnot in Südrußland auf der Konferenz des Obersten Rates in Paris besprochen werden solle. Bis zu dieser Erörterung sei er nicht in der Lage, irgendwelche Erklärungen über die Haltung der britischen Regierung abzugeben.

Paris, 9. August. (W. T. B.) Der Papst richtete an den Kardinal-Staatssekretär ein Schreiben, in dem er alle Christen und philosophischen Völker aufforderte, edelmütig der hungernden russischen Bevölkerung zu helfen.

Das Arbeitslosenproblem in England.

P. London, 8. August. (Eigene Drahtmeldung) Der „Manchester Guardian" veröffentlicht die Politik der Regierung, die arbeitslosen Soldaten in der Bauindustrie zu beschäftigen, die 132 000 Arbeitslose zählt. Die Arbeitgeber hätten sich mit den Arbeitern geeinigt, doch nun komme die Regierung, um die Bauindustrie zur Unterbringung der 50 000 arbeitslosen Soldaten in diese Industrie zu zwingen. Der Zweck dieses Vorgehens könne nichts anderes sein, als einen neuen Lohnkonflikt herbeizuführen und die Arbeiterorganisationen in dieser Frage wurde die Arbeitslosen zu schrecken.

Transmann Generalkonsul in Kobe.

Der frühere Leiter des Referats der Presseabteilung der Reichsregierung, der Mitgl. Legationsrat Transmann, ist, wie wir erfahren, zum Generalkonsul in Kobe (Japan) ernannt worden.

Die Auseinandersetzungen in Paris.

Die erste Sitzung.

Amtlicher französischer Bericht.

Paris, 8. August. (W. T. B.)

Ueber die erste Sitzung des Obersten Rates wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Der Oberste Rat ist um 8 Uhr nachmittags im Ministerium des Auswärtigen zusammengetreten. Briand bewillkommnete die Delegierten und gab in ihrem Namen seiner Befriedigung Ausdruck über die Rückkehr des Vertreters der Vereinigten Staaten in den Rat der Alliierten. Der Sachverständigenausschuß wurde alsdann ersucht, das Ergebnis seiner Arbeiten zur Kenntnis zu bringen. Der Präsident dieser Kommission (Fromageot — d. Red.) legte die juristischen Grundsätze auseinander, über die sich die Sachverständigen einstimmig geeinigt haben. Sir Cecil Hurst entwickelte im einzelnen den englischen Standpunkt, darauf setzte Laroche die französische These auseinander und Torre Franca die Bemerkungen der italienischen Delegation.

Der Oberste Rat wird morgen vormittag die alliierten Oberkommissare in Oppeln über die verschiedenen Fragen hören, die sich auf die augenblickliche Lage in Oberschlesien und insbesondere auf die Frage der Sicherheit beziehen.

Die Ansprachen der Delegationsführer.

Ueberd en Verlauf der ersten Sitzung des Obersten Rates verbreitet die Havasagentur folgende Einzelheiten:

Ministerpräsident Briand als Vorsitzender appellierte an die Einsicht aller, um die ernsten und schwierigen Probleme zu lösen, die der Konferenz gestellt seien und erklärte, wenn der Geist der Einigkeit und der Solidarität, der bis jetzt die vorausgegangenen Zusammenkünfte beherrscht habe, sie auch weiter leite, dann könne die Aufgabe zu einem guten Ende geführt werden. In dem aufrichtigen Wunsche nach Zusammenarbeit gebe Frankreich an die Arbeiten dieser Konferenz heran.

Lloyd George dankte Briand und bemerkte, daß das oberschlesische Problem vielleicht das schwierigste von allen sei, die der Oberste Rat bisher zu lösen gehabt habe. Das Problem sei an sich vielleicht weniger schwierig, wenn es nicht durch äußere Umstände so verwickelt geworden sei. Er sei jedoch überzeugt, daß, wenn die Mitglieder des Obersten Rats das Problem mit dem ernsten Willen, zu einer Einigung zu gelangen, in Angriff nähmen, die Lösung möglich sei. Uebergehend zu der Verhandlungsmethode, der man folgen solle, erklärte der englische Premierminister, daß es sich vielleicht empfehle, zuerst die Auseinandersetzungen der Sachverständigen zu hören, um alsdann, wie man übereingekommen sei, die Frage der Verwaltung für Oberschlesien zu erledigen.

Ministerpräsident Poincaré ergriff das Wort, um auf die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse und auf ihren Einfluß auf den Weltfrieden hinzuweisen. Ministerpräsident Briand begrüßte alsdann den Vertreter der Vereinigten Staaten, der seinerseits Briand dankte und ihm versicherte, daß er Präsident Harding die herzlichen Worte übermitteln werde, die Briand gesprochen habe. Schließlich gab der japanische Vertreter Baron Hayashi seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Verhandlungsmethode und drückte seine feste Ueberzeugung aus, daß die Konferenz eine Lösung finden werde.

Die Erklärungen der Sachverständigen.

Die Havasagentur verbreitet über die Erklärungen der verschiedenen Sachverständigen eine eingehende Mitteilung:

Dannah hob Fromageot am Schluß seiner Ausführungen vor dem Obersten Rat hervor, daß sich Punkt bestehe, über den sich die Delegierten der Mächte geeinigt hätten, nämlich über die fast vollständige Unteilbarkeit des Industriegebiets. Aber während der französischen Vorschlag die Tendenz habe, dieses Gebiet fast vollkommen Polen zuzuteilen, wolle der andere Vorschlag es zum größten Teil Deutschland zusprechen.

Nach ihm kennzeichnete Sir Cecil Hurst, der juristische Berater des Foreign Office, das Ergebnis der Volksabstimmung wie folgt: 678 Kommunen hätten sich für Polen ausgesprochen, 574 für Deutschland, 479 000 Stimmen seien für Polen, 707 000 für Deutschland abgegeben worden. Er fahte die englische Meinung wie folgt zusammen:

1. Da Frankreich die gemeinsame Abstimmung als Basis für die Regelung annehme, und da jede Gemeinde dem Lande zugeteilt werde, für das sie gestimmt habe, solle nur der Rest angeschlossen werden, daß gute Gründe dafür sprechen.

2. Enklaven müßten als unpraktisch und ungerecht für alle Teile vermieden werden. Die ökonomisch untereinander Kommunen könnten nicht voneinander getrennt werden.

3. Das Zentrum des Industriegebiets müsse an Deutschland übertragen werden. Was den Rest der zu ziehenden Grenze anlange, so bestünden wenig Differenzen zwischen den französischen und dem englischen Vorschlag.

Der englische Sachverständige warf dem französischen Vorschlag vor, daß er die Berhältnisse der Abstimmung in ihrer Zusprechung der fraglichen Gebiete umstoße. Der französische Vorschlag würde sehen Eltel der Stimmen, die für Deutschland abgegeben wurden, den Polen, und nur vier Eltel der Stimmen, die für Polen abgegeben wurden, Deutschland zusprechen, während diese Stimmen, wie sagt, verteilt seien: 60 Prozent für Deutschland und 40 Prozent für Polen.

Ministerialdirektor Laroche setzte alsdann die französische These auseinander, nach der den beiden Parteien die Kommunen nach dem Ergebnis der Abstimmung zugeteilt werden sollen. Wenn Enklaven notwendig seien, so müsse man, um sie zu vermeiden, auf die geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen Rücksicht nehmen und die Zusprechung der interessierten Kommunen nach der Verbindungen regeln, die sie mit den benachbarten Gebieten habe. Deshalb müsse die Gesamtheit des Kohlenbeckens nach der französischen Meinung Polen ausgesprochen werden. Laroche kritisierte alsdann den englischen Vorschlag und machte ihm insbesondere den Vorwurf, das er neun Eltel der für Polen abgegebenen Stimmen Deutschland zusprechen, und nur zwei Eltel der für Polen abgegebenen Stimmen Polen. Er betonte alsdann die britische These über das unteilbare Industriedreieck, indem er beispielsweise zeigte, daß eine feinere Hauptstadte, Kattowitz, nach der Ansicht der Deutschen selbst die Hauptstadt des Bezirks Pleß sei (?), und trotzdem einmütig Polen zugesprochen würde.

Der italienische Delegierte Torre Franca erklärte, die englische Linie, die zwar auch keine vollkommene Lösung bringe, nähere sich dennoch mehr dem Ergebnis der Volksabstimmung als die von den französischen Vertretern vorgeschlagene Grenzlinie. Diese wiese insbesondere nicht ein einziges Bergwerk Deutschland zu. Jedoch sprach sich der italienische Delegierte für keine der beiden Linien aus. — Der Havas-Berichterstatter fügte hinzu, vielleicht sei die Haltung von dem Wunsche der italienischen Delegation eingegeben gewesen, die Rolle der Vermittlung zu spielen, die Graf Sforza vorher mehrmals bei den Beratungen des Obersten Rates mit Erfolg gespielt habe.

Von den beiden sich gegenüberstehenden Vorschlägen spricht der französische 80% der für Polen abgegebenen Stimmen Polen, dagegen 55% der für Deutschland abgegebenen Stimmen Deutschland zu; der englische Vorschlag gibt der Zuteilung 88% der für Deutschland abgegebenen Stimmen, während er nur 50% der für Polen abgegebenen Stimmen Polen zusprechen. Es scheine also tatsächlich, daß hier Raum sei für eine vermittelnde, gerechte und vernünftige Lösung.

Die Ergebnisse der gestrigen Beratung

faßt der „New York Herald" folgendermaßen zusammen: Die Franzosen hätten es offenbar aufgegeben, bei Lloyd George darauf zu dringen, daß die Truppenverstärkungen als erster Punkt auf die Tagesordnung gelangten. Die Engländer seien geneigt, als Grundlage für die Zuweisung der einzelnen Gebiete des Industriegebietes die Abstimmung nach Gemeinden zusammen unter der Bedingung, daß wirtschaftliche und geographische Rücksichten genommen würden. Es hatten die Engländer ihre Theorie aufgegeben, daß ganz Oberschlesien an Deutschland fallen müsse. Der Streitfall zwischen Frankreich und England drehe sich nunmehr um das ausgemalte Industriedreieck. Die Engländer wünschten den Hauptteil dieses Gebietes Deutschland zu geben und damit Deutschland in den Besitz der meisten Bergwerke und industriellen Unternehmungen zu setzen.

★

Paris, 8. August. (W. T. B.) Der Präsident der Republik wird zum Donnerstag in Rambouillet den alliierten Delegationen beim Obersten Rat ein Frühstück geben.

Halbamtliche englische Erklärung.

London, 8. August. (W. T. B.) Reuter erklärt, daß die größte Vorsicht geübt werde, um irgendwelche Zwischenfälle in Oberschlesien zu vermeiden. Die britischen und die französischen Kommissare handelten bei den zunächst getroffenen Vorkehrungen in vollkommener Uebereinstimmung.

Der diplomatische Berichterstatter des Lloyd George nahestehenden „Daily Chronicle" berichtet aus Paris in hoffnungsvollem Tone. Er erklärt, Frankreich ist bereit, seine ursprüngliche Linie sehr beträchtlich abzuändern. Die Stimmung hat nach Ansicht des Berichterstatters gut begonnen, sogar noch besser, als man auf englischer und französischer Seite erwartet hatte. Die Aussichten seien daher günstig. Der Berichterstatter weist auf die Unterstützung hin, die der englische Standpunkt von seiten der italienischen Delegation erhielt.

Ein Kompromißvorschlag Briands?

Eigene Drahtmeldung.

Basel, 9. August.

Verschiedene französische Blätter betonen heute, daß sich in der oberschlesischen Frage ein Kompromiß werde finden lassen. Es heißt in dem „New York Herald" wenn Briand selbst ein Kompromiß vorschlagen, das sogar über die Sforza-Linie hinausgehen werde und folgende Lösung zur Erwägung stelle:

1. Ein beträchtlicher Teil des Gebietes südlich von Rosenberg werde an Polen fallen.

2. Als Entschädigung dafür würde Deutschland die Hälfte oder sogar mehr als die Hälfte der Kreise Groß-Strehlitz und Tost erhalten.

3. Deutschland würde die Hälfte des Stadt- und Landkreises Gleiwitz mit der Eisenbahnstation erhalten sowie wichtige wirtschaftliche Hoheitsrechte in den anderen Städten des Industriegebiets.

Verhandlungen über die Leipziger Prozesse

London, 8. August. (E. Z. B.) Der Attorney General und der Solicitor General sind zur Besprechung der Prozesse gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten nach Paris abgereist.

Die englische Presse zur Konferenz.

London, 8. August. (W. T. B.)

„Pall Mall and Globe" meldet aus Paris, daß die Lage heikel sei; zwischen der Ansicht der Engländer und derjenigen der Franzosen bestehe eine weite Kluft. Lloyd George sei entschlossen, auf der Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles nach Geist und Buchstaben durch Frankreich und alle anderen Unterzeichner zu bestehen.

Ein Mitglied der Regierung erklärte heute laut „Pall Mall", augenblicklich erschienen die Standpunkte der britischen und der französischen Regierung unvereinbar miteinander; wenn Briand nicht die Korrektheit des britischen Standpunktes anerkennen wolle, so müsse die bedauernswerte Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß Frankreich die von ihm für notwendig gehaltene Aktion ohne Unterstützung der Alliierten unternehme. Wie angenommen wird, hat Lloyd George bereits auf die sehr große Verantwortung hingewiesen, die die französische Regierung durch eine solche Aktion übernehmen würde.

Der liberale „Evening Standard" schreibt: Es wurde eines der schlimmsten Ergebnisse der Pariser Konferenz sein, wenn es ihr wurde, in den unbedeutenderen Fragen sei vollkommene Uebereinstimmung erzielt, und die wirklich wichtigen Probleme würden zu einer weiteren Beratung durch die Sachverständigen hinausgeschoben. Keine britische Regierung könne die Franzosen bei ihrer Forderung, die Ueberschüsse Polen für Polen behalten, unterstützen, da das britische Volk früher oder später sich weigern würde, eine solche Aktion zu genehmigen.

„Westminster Gazette" erklärt, auch in der Frage der Bestrafung der Kriegsverbrecher und in der Frage der „Sanktionen" gingen die Ansichten der Engländer und der Franzosen auseinander. Die britischen Juristen seien der Ansicht, daß das Leipziger Gerichtsverfahren gerade habe. Jetzt, wo die Deutschen die ihnen auferlegten Bedingungen erfüllt hätten, hätten sie Anspruch auf die Aufhebung der militärischen und wirtschaftlichen „Sanktionen". In Wirklichkeit handele es sich bei diesen Problemen um die Frage, ob die Alliierten und Deutschland zu dauernden Friedensbedingungen zurückkehren wollen oder ob sie weiter als Sieger und Besiegte einander gegenüberstehen sollten. Das britische Volk verlange einen wirklichen Frieden.

„Manchester Guardian" erwartet, daß der amerikanische Botschafter Harvey bei den Beratungen über Oberschlesien eine wichtige Rolle spielen werde. Es wäre selbst für die Vereinigten Staaten notwendig zu erringen, was für einen Vertrag sie mit Deutschland abschließen sollen und auf welcher Grundlage ihre Beziehungen, besonders die Handelsbeziehungen, zu Deutschland geregelt werden sollen. Es werde die Pflicht des amerikanischen Botschafters auf der Konferenz des Obersten Rates sein, die Ansicht der amerikanischen Regierung in dieser Frage bekannt zu geben und dafür zu sorgen, daß die Interessen Amerikas keinen Schaden leiden.

„Manchester Guardian" weist darauf hin, daß alle Interessen Amerikas die Aufrechterhaltung des Friedens und der Stetigkeit in Europa forderten und daß die Vereinigungsvorschläge zu allem übrigen nebensächlich erscheinen müßten, was wieder Anlaß zu künftigen Kriegen sein könne.

„Daily Telegraph" erklärt, man müsse offen zugestehen, daß die Aussichten nicht allzu günstig seien. „Times" schreibt, es würde gewiß sein, die Größe der Klust zwischen dem Standpunkt der Engländer und dem der Franzosen zu verkleinern. „Daily Mail" ist gegen der Ansicht, daß die Verhandlungen auf einen toten Punkt angelangt seien.

Stimmungsbilder aus Paris.

Eigene Drahtmeldung.

A. Genf, 9. August.

Nach der gestrigen Sitzung des Obersten Rates berichtete in dessen Umgebung, wie der Korrespondent des „Journal de Genève" berichtet, eine entmutigte Stimmung. Man war vor allem sehr enttäuscht darüber, daß die Italiener völlig vergessen hatten, daß sie bazu da seien, um in den englisch-französischen Streitigkeiten so lange Vermittlungsvorschläge zu machen, bis die Franzosen recht behielten. Dazu kam noch ein Interessenkonflikt zwischen den italienischen Sachverständigen Torre Franca mit einigen Worten ab und gibt am Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Italiener die Rolle, die ihnen Graf Sforza vorgeschrieben habe.

Die Pariser Politiker verschweigen sich noch weiteren über vorliegenden Berichten am meisten von persönlichen Unterredungen zwischen Lloyd George und Briand, in denen es offenbar gelungen werde, den Starrsinn Lloyd Georges, den man mehr auf das Konto seiner Umgebung setzt, zu brechen. Die Pariser Blätter heben nach den Worten Briands an Journalisten hervor, daß es bei der Aufstellung erhalten, die pessimistische Note verschwinden zu lassen und mehr Vertrauen in die Zukunft der Entente zu zeigen.

Das geht besonders deutlich aus einigen Stimmen hervor, die ursprünglich wenig hoffnungsvolle Betrachtungen angestellt hatten, dann aber plötzlich ein großes Vertrauen in das Zustandekommen einer Einigung zeigten. Auch verfucht man Stimmen aus der Umgebung der Sachverständigen, die vom Parlamentssturm hinweggefegten Briand bange zu machen. So schreibt „Journal des Debats", England habe je gewiß das Recht, der Unzufriedenheit Deutschlands Rechnung zu tragen, aber schließlich müsse es auch die Unzufriedenheit Frankreichs berücksichtigen. Es nütze je nichts, Briand die Zustimmung zur Regelung dieser Frage zu entreißen; dieses Abkommen müsse schließlich vom französischen Volk ratifiziert werden.

Die Konferenz der Finanzminister.

Paris, 9. August. (W. T. B.) Auf der heutigen Konferenz der alliierten Finanzminister sind die einzelnen Staaten wie folgt vertreten: Frankreich durch Finanzminister Doumer, Italien durch Schatzminister Soleri, England durch Sir Robert Horne, Belgien durch Finanzminister Theunis.

Steuertheorie und Steuerpolitik.

Von

Regierungsrat a. D. **Karl Elster.**

Sehr lange Zeit hindurch hat die Steuertheorie die steuerliche Praxis, das heißt die Steuerpolitik, durchaus bestimmt. Jene bekannten „Steuerregeln" — in der von Adam Smith gegebenen Fassung — waren in gleicher Weise unantastbare Dogmatik für Theorie und Politik. Sie wirkten, ursprünglich der Wissenschaft entstammend, in praktischer Verbindung mit einer altertümlichen Programmatik.

Denn ist anders geworden. Die Wirtschaftswissenschaft ist fortgeschritten und auch alle Steuertheorie hat sie die Erfahrungen mancher alten Lehre weit hinter sich zurückgelassen. Nicht so die Politik. Ob selbst „fortschrittliche" oder „konservative" — auf dem Gebiete des Steuerwesens hegt sie die überkommenen Dogmen wie einen liebgewordenen Besitz. Gewiß nicht ohne Schuld der Wissenschaft, denn wie sollte diese ihre einst herrschende Stellung halten, wenn es ihr nicht gelang, die neue Einsicht, die sie sich gewann, in eine handliche Programmatik umzumünzen. Sie hat wohl manchen alten Irrtum als solchen aufgezeigt. Indes: an jene Stelle, wo einst der alte Irrtum fand, ist doch noch nicht die neue Wahrheit getreten; es klafft dort immer noch als Platzhalter nur das Problem. Mit dem „Problem" praktische Arbeit zu leisten, ist aber der Politik nicht zumutbar; so blieb sie bei den alten Lehren, und damit öffnete sich eine Kluft zwischen den theoretischen Erkenntnissen der Wissenschaft und den praktischen Meinungen der Politik. Dies war gewiß schon lange unerwünscht. Ganz unerträglich ist es aber in Anspruch einer politischen Lage, deren wohl bestimmteste Schwere die gesamnelte Arbeit von Wissenschaft und Politik im Dienste unserer Wirtschaftsgangen mit strenger Forderung verlangt.

Steuerpolitische Kämpfe werden vor anderen erbittert geführt. Die Steuerpläne des politischen Gegners finden nur in ganz seltenen Fällen einmal rein sachlich Würdigung. In aller Regel werden sie als Schau vor eigener Steuerlösung, als Ausdruck „unpolitischer Gesinnung" und manchmal „Opportunitätscrit" verdächtigt. Was sehen Endes nur eine Frage wirtschaftlicher Zweckmäßigkeiten bedeutet und darum auch nur als solche sachlich und fähig behandelt werden sollte, verzerrt sich im Spiegel der politischen Tagesmeinung zu einem wirtschaftspolitischen Problems, das es nicht ist. Dies freilich niemals so wie heute. Wir haben schwerer Grund zu sorgen, daß der kommende Kampf um die neuen Steuern noch mehr neue tiefe Spalten in unsere Volksgemeinschaft reißen wird. Daß unsere Politik verbittert werden; und allein die Wissenschaft vermächte es zu verhindern. Es ist die Pflicht der Wissenschaft, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die von Gesetzes nicht bestimmten Meinungen über den Wert und den Unwert der einzelnen Steuerarten — insonderheit aber deren herkömmliche Bewertungen aus dem etischen Gesichtspunkt der sozialen Steuerlichen Gerechtigkeit heraus — nichts besseres als Irrtum sind.

Es ist nicht richtig, daß die direkte Steuer den, der sie zahlt, auch endgültig bestehe, wenn es auch allgemeine Meinung ist. Es ist nicht richtig, daß eine Steuer vom Konsum nur auf den breiten Massen liegen bleibe, man hat auch noch so oft behauptet sein. Wahl aber richtig ist, daß beide Gruppen von Steuern — die direkten und die indirekten — in einen Uebermälzungsprozeß eingehen, nach beiden Abschnitte die Steuer laß ganz andere Personenkreise tragen, als die zunächst die Steuer summe bezahlen: daß nach „Konfiskation der Steuer" die Last vollkommen neu verteilt ist, und zwar nach einer Verteilungsziffer, die mit den wohlgemeinten Sätzen und Tarifen des Gesetzes nichts das geringste mehr zu tun hat.

Den dunkelen Prozeß der Steuerüberwälzung hat die bisherige Wissenschaft noch nicht zu Ende durchgedacht. Weil aber hat sie nachgewiesen, daß jene alte Lehre falsch ist, die die Nichtüberwälzbarkeit der direkten Steuern und die nur einmalige Uebermälzung der indirekten (vom „Steuerzahler" auf den „Steuerträger") unangetasten behauptet hatte. Die Einsicht, daß der elastische Haushalt auch die im als endgültig ausgedachte Steuer — im Wege der Einkommensteuererstattung — auf andere Steuerträger weitermälzt derart, daß endgültig sie andere tragen. Die andere Einsicht, daß bei den indirekten Steuern es nicht bei einer Uebermälzung bleibt, die bestimmt, daß sie andere treffen mit logischer Gewißheit folgt: daß jede Steuer sich den Steuerträgern nach anderen Gesetzen sucht, die lediglich eine rationelle Idee: diese stufenweis aufteigende Einsicht zwingt zu dem Schlusse, daß die Steuerlast einmal eingeleitet und durch den Konsolidationsprozeß hindurchgegangen ist, nach ganz genau den gleichen Regeln (nach ganz genau dem gleichen „Schlüssel") im Wirtschaftskampfe zur Verteilung kommt, ob sie nun direkt ist, ob indirekt.

Dies ist mit Nachdruck zu betonen: der erbitterte Streit um die „steuerliche Gerechtigkeit" tobt auf dem schwankenden Boden einer als falsch erkannten Theorie. Es ist nicht mehr, daß Steuerlasten auf jene drücken, die sie zahlen; nicht mehr, daß indirekte Steuern vor allem auf den Massen lassen; nicht mehr, daß die direkten Steuern die Leistungsfähigen heranziehen, die Leistungsfähigkeit aber schonen. Nur wer die Steuer zahlt, legt das Gesetz; wer endgültig die Steuer trägt bestimmen andere stärkere Kräfte als die Gesetzesparagraphen.

Dies anerkennen heißt dem Steuerkampfe die Schärfe nehmen. Wenn wir erkennen, was die Wahrheit ist: daß eine „Erfassung der Gaben" nur für eine andere „Verteilungslast der Steuer nach sich ziehen würde, als auch ein „Ausbau des indirekten Steuersystems" zur Folge hätte

riesenhaft stimmenden Aufgaben der kommenden Finanzreform auf keine andere Weise meistern, als durch entschlossenen Abbau von Vorurteilen und von Leidenschaften, durch ruhige Einkehr und alsdann durch Rückkehr zu einer rein wissenschaftlichen Prüfung der von erhobenen Wahrheitsfeilen zur Beruhigung unseres Rathebrandes. Da ist es Pflicht der Wissenschaft, mit starkem Nachdruck zu betonen, daß die bisherige Kampfesstellung — auf beiden Seiten — nach einer falschen Front gerichtet ist. Das Steuersystem, das wir brauchen — dies aber heißt: das denkbar beste — kann ja unmöglich das Ergebnis sein, wenn die es schaffenden Parteien sich den Inhalt ihrer programmatischen Forderungen von wissenschaftlich widerlegten und nur politisch — leider! — noch lebendigen Vorurteilen bilden lassen. Mag man die Steuer auf die „Gebnerte" für richtig halten und darum verlangen, aber die Steuer auf den Konsum; man mag da denken wie man will und muß; nur beerdige man seine Meinung nicht mit dem alten Postulate der „steuerlichen Gerechtigkeit", das heißt: dem widerlegten Vorurteil, daß je verschiedene Bevölkerungsschichten je nach der Art der auferlegten Steuern die Steuerlast zu tragen hätten.

Es bleiben noch genug der Fragen und Schwierigkeiten, um die es das Turnieren lohnt. Immer weiter dringt ja die Erkenntnis, daß die Gestaltung des Steuerrechts vor allem eine politisch-wirtschaftliche Problemfrage darstellt. Den Schaden, den die falsche Steuer bringt, trägt allemal die Volksgemeinschaft, wie sie die Steuerlasten trägt. Unter den nützlichen Steuern die guten, unter den guten die besten zu suchen, ist eine verantwortungsschwere, aber auch vor anderen lohnende Aufgabe. Sie müßte — meine ich — bewältigt werden, wenn alle die starken Willensenergien, die heute noch an falschen Fronten gebunden sind, in dieses Ziel Richtung sich vereinten.

Dr. Solf zur angeblichen Preisgabe Nordschleswigs.

In den Aufzeichnungen, die der dänische Professor Aage Friis im November 1918 über seine Besprechungen mit dem deutschen Gesandten in Kopenhagen Graf Brockdorff-Rantzau, dem Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf und dem Unterstaatssekretär Dr. David in der schleswigschen Frage gemacht hat, nimmt nach Dr. David und Graf Brockdorff-Rantzau nunmehr auch Dr. Solf Stellung.

Er erklärt, daß er der Veröffentlichung Dr. Davids im „Vorwärts" vom 26. Mai 1921 ohne jede Einschränkung beipflichte, daß die Unterstellung des Herrn Friis, Dr. Solf habe unter dem Einfluß Dr. Davids bestimmte Zusicherungen hinsichtlich der Grenzziehung im Falle eines Volksentscheids über Nordschleswig gegeben, nicht den Tatsachen entspreche.

Andbesonderes stellt Dr. Solf die Behauptung des Herrn Friis, Dr. Solf habe ihn gefragt, ob die Zustimmung des der Arbeiter- und Soldatenrates zu der Entscheidung der damaligen Regierung in der schleswigschen Frage eingeholt werden solle, dahin richtig, daß ein solches Hineingehen des Arbeiter- und Soldatenrates in seine Befugnisse nach seiner ganzen Stellungnahme gegen diese Zustimmung wie sie auch kurz darauf auf der Reichskonferenz vom 25. November 1918 zum Ausdruck kam, ausgeschlossen war und nicht erfolgt ist.

—b.

Oberschlesier-Kundgebung am Rhein.

Bingen (Rhein), 8. August. (W. T. B.) Auf dem Marktplatz wurde am Sonntag eine Massenkundgebung für Oberschlesien veranstaltet, die von den Vereinigten Verbänden heimatvertriebener Oberschlesiern war. Nach einer Ansprache des Vertrauensmannes der oberschlesischen Verbände schilderte ein oberschlesischer Flüchtling in ergreifender Weise die Schmach und Schande, sowie das Elend und die Ungerechtigkeiten, denen das oberschlesische Brudervolk seit vielen Monaten ausgesetzt ist. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „In zwölfter Stunde soll darum noch einmal dem Oberstem Rat entgegengesetzen werden: Wir verlangen unser heiliges Recht, wir verlangen ein unzerteiltes Oberschlesien!"

Das Ende des Hilfskreuzers „Wolf".

Der durch seine Kaperfahrten unter Führung seines tapferen Kommandanten, des Kapitän z. S. Werger, berühmt gewordene Hilfskreuzer „Wolf" — ehemals „Möwe" — ist bei der Verteilung der deutschen Handelsschiffe Frankreich zugeteilt worden. Wie die „Schiffahrtszeitung" meldet, ist er jetzt bei der Insel Mission an der nordöstlichen Einfahrt von Dybhoul gekrenzelt. Versuchsweise wurde bis jetzt vergeblich, das Schiff fest bis zum zweiten Laderaum auf dem Korallenriff. Bei zunehmendem Monsum ist seine Lage sehr geschrickt.

Wenn die Franzosen kommen!

Aus dem besetzten Gebiet wird uns gemeldet:

Der Industrieort Moers (Rhld.) war bis vor kurzem noch von Franzosen besetzt. Seit Anfang Juli ist die belgische Besatzung abgerufen worden. Seitdem liegen französische Truppen in der Stadt, und auch hier, in dem bis jetzt belgisch besetzten Gebiet, blieb es der Bevölkerung „nicht erspart", am eigenen Leibe den Unterschied zwischen belgischer und französischer Besatzung zu spüren.

Seit Monaten sind der französischen Truppen in Moers gehen sowohl beim dortigen Bürgermeisteramt wie auch beim Landratsamt zahlreiche Klagen ein, daß Frauen und Mädchen nicht nur auf unbelebten Promenadenwegen, sondern auch auf belebten Straßen von französischen Soldaten belästigt und unsittlich berührt worden. Die französischen Soldaten nehmen sich diese empörenden Handlungen auch immer dann heraus, wenn diese Frauen und Mädchen in Begleitung männlicher Personen sind, falls diese versuchen, ihre Begleiterinnen zu schützen, so ist es vorgekommen, daß die Soldaten in solchen Fällen sofort zum Revolver oder zum Seitengewehr.

Ein Polizeibeamter, der sich im Dienst befand und Ordnung auf der Straße halten sollte, wurde von französischen Soldaten ohne jeden Grund beraubt mißhandelt, daß er ernstliche blutige Verletzungen davontrug. Am nächsten Tage wurde ein junger deutscher Angestellter auf der Straße grundlos von mehreren französischen Soldaten mit dem Seitengewehr so mißhandelt, daß er nach Verlauf einer Woche noch in Lebensgefahr schwebte. Auch hier geschah der Ueberfall ohne jede Veranlassung. Wiederholt werden von französischen Soldaten an der französischen Militärkantine Schultheiß-Bertrartig betrunken gemacht, daß sie auf dem Boden liegen bleiben. Die französischen Soldaten machen sich dann ein Vergnügen daraus, die Kinder mit den Füßen fortzustoßen. Auf der gleichen Stufe aber bewegen sich französischen Soldaten, die barin bestehen, daß z. B. ein sechsjähriges Kind, das von einem Soldaten, der in der einen Hand ein Vorrat mitnehmen hält, herangelockt wird, mit der Bedeutung, er wolle ihm Geld schenken, um dann, wenn es sich hermlos nähert, ihm ins Gesicht zu spucken.

Leider versagen in den meisten Fällen französische Offiziere den deutschen Polizeiorganen den Schutz, wenn sie darum angerufen werden. So erging es einem Herrn, der Ende des Monats Juli gegen 7 Uhr abends von zwei französischen Soldaten ohne jede Veranlassung mit den Fäusten in das Gesicht geschlagen wurde und, als er sich von seinem Leiden erholt, zu französischen Offizieren ging und diese darum bat, ihm bei der Feststellung der Namen der anscheinend betrunkenen Burschen behilflich zu sein. Von drei nacheinander angesprochenen Offizieren wurde er mit den Worten abgefertigt, sie hätten keine Zeit, sich um so Dinge zu kümmern.

Zur Zeit der belgischen Besatzung in Moers befand ein erträgliches Einvernehmen zwischen Soldaten und Bürgerschaft, seit die Franzosen hier französischer Truppen werden solche Klagen laut.

Die Schweiz und das Zonenabkommen.

Eigene Drahtmeldung.

d. Lausanne, 8. August.

Das französisch-schweizerische Zonenabkommen ist nach Verhandlungen, die über ein Jahr gedauert haben, am 7. August am Quai d'Orsay unterzeichnet worden. Das Abkommen stellt einen französischen Sieg dar, denn Frankreich hat seinen Hauptzweck erreicht, die Zollgrenze mit den politischen Grenze zusammenfallen zu lassen, obgleich das den Kraft befindlichen Verträgen widerspricht, die eine neutrale französische Zone vorsahen. Die Einhaltung dieser Bestimmung hätte einen großen wirtschaftlichen Vorteil für Genf bedeutet, zumal sich bei allerdings einige wirtschaftliche Zugeständnisse machen müssen; vor allem kann eine bestimmte Anzahl schweizerischer Industrieprodukte die Grenze zollfrei überschreiten, und für französische Agrarprodukte, die Genf bringend braucht, darf die Ausfuhr nicht verboten werden.

Aber vom Schweizer Gesichtspunkt aus ist das Abkommen viel zu elastisch. Es stellt Maximalkontingente für Ein- und Ausfuhr fest, in den meisten Fällen sind nun die Bestimmungen bedeutend, daß die Kontrolle sehr schwierig ist und die meisten Entscheidungen in die Hand des Zollbeamten gelegt sind. Vor allem hat das Abkommen nur beschränkte Dauer; es gilt nur auf 10 Jahre. Trotzdem fanden einzelne Interessenten in Genf, die von französischen Unterschlüssen gemachten magersen Zugeständnisse zu weitgehend.

Frankreich ist in dieser ganzen Angelegenheit außerordentlich geschickt vorgegangen. Es hat seine Ziele überall erreicht, und zwar immer mit der Drohung, eingreifen zu müssen, falls die unbeteiligten Zugeständnisse beglückt, da sie zu fürchten hatte, gar nichts zu erhalten, wenn sie auf Durchsetzung der ihr vertragsmäßig zustehenden Vergünstigungen bestanden hätte. Und nunmehr sehen die Blätter der französischen Schweiz fort, von der Gerechtigkeit der großen republikanischen Schwester zu sprechen.

Aufgaben des Moskauer Hilfskomitees.

Tereck, 8. August. (O. E.) Das Vorstandsmitglied des Moskauer Hilfskomitees, der ehemalige Minister der Kerenski-Regierung, Prokopowitch, betonte in einer Unterredung mit einem Vertreter der Petersburger „Krasnaja Gazeta", daß die Aufgaben des Moskauer Komitees, das unter dem Zeichen des Roten Kreuzes steht, jenseits aller Politik lägen; seine Hauptaufgabe sei, die Hilfe des Auslandes zu organisieren. Das Komitee werde eine Mission nach Europa, Amerika und Argentinien entsenden und den Transport der Lebensmittelspenden organisieren; eine Beschaffung von Saatmaterial käme indessen der vorgerückten Jahreszeit wegen nicht mehr in Frage. In der Provinz Samara und Orenburg und Kreisausschüssen bestehen 8 Moskauer Hilfskomitees "überall dort geschaffen werden, wo die Regierungshilfe der Aufgabe nicht gewachsen sei.

Der Strom der russischen Flüchtlinge.

P. London, 8. August. (Eigene Drahtmeldung.) „Times" meldet aus Helsingfors: Nach den Mitteilungen zuverlässiger Personen aus dem Wolgadgebiet herrscht dort eine unbeschreibliche Not. Die Wege sind übersäet mit hungernden Flüchtlingen, die von Dörfern geführt werden. In verschiedenen Dörfern des Gouvernements Samara schließen sich die Bewohner in ihre Häuser ein und stecken sie darauf in Brand. In den Städten, die an die Hungergebiete stoßen, versuchen die Bewohner mit Gewalt den Strom der Flüchtlinge aufzuhalten. Die Flüchtlinge durchziehen plündernd das Land und verbreiten Typhus und Cholera.

An der Ostgrenze Polens rückt ein endloser Strom von Flüchtlingen in Polen ein. Die polnische Bevölkerung wächst wöchentlich im Durchschnitt um 10 000 Personen. Die Bewohner der großen Ebene östlich von Dresli-Sitowsk und Grodno ziehen in geschlossenen Massen nach Russland fort. Die Flüchtlinge führen das Viehzeug mit der Heide von Baranowitschi, wo während des Krieges eine ganze Division lagerte, doch selbst dieses Lager ist noch zu klein. Viele wohnen unter freiem Himmel.

Deutsche Industrielle nach Russland.

Reval, 8. August. (O. E.) Am 10. August trifft, nach Mitteilungen des Revaler sowjetrussischen Handelsvertreters, eine Gruppe deutscher Ingenieure und Industrieller in Reval ein, die sich unter Führung Prof. Somoffsoff nach Petersburg begeben, um an einer Konferenz mit Vertretern der Sowjetregierung, der Betriebsleitungen und sowjetrussischer Ingenieure teilzunehmen. Die Konferenz wird über den Wiederaufbau der russischen Industrie, der Eisenbahnwerkstätten und der Transportwege beraten. Die Mehrzahl der deutschen Konferenzteilnehmer sind Vertreter der bereits für Russland arbeitenden deutschen Firmen. Nach Revaler Meldungen sollen deutsche Vertreter sollen 19 große und etwa 50 kleinere Maschinenfabriken in Deutschland gegenwärtig Aufträge für die russischen Eisenbahnen ausführen.

*

London, 8. August. (W. T. B.) „Daily Telegraph" meldet, daß man in London wegen des Ausbleibens jeglicher Nachricht von der britischen Handelsdelegation, die sich nach Moskau begeben hatte, beunruhigt ist.

Die Freilassung Mac Keowns.

Wie wir im gestrigen Abendblatt berichteten, verursachte die Weigerung der englischen Regierung, das irische Parlamentsmitglied McKeown mit den übrigen verhafteten Mitgliedern des Sinnfeinerparlaments freizulassen, große Unruhe und drohte eine neue englisch-irische Spannung hervorzurufen. Aus diesem Grunde hielt auch Lloyd George die Haftentlassung McKeowns angeordnet. Wir erhalten die folgende Meldung:

P. London, 9. August. (Eigene Drahtmeldung) Die gestern erfolgte Freilassung des irischen Abgeordneten McKeown ist auf den Schritt de Valeras zurückzuführen, der einen eigenen Kurier zu Lloyd George nach Paris sandte mit der Mitteilung, daß das irische Friedenskomitee bedroht sei, wenn McKeown nicht mit den anderen Abgeordneten aus der Haft entlassen werde, um an der Sitzung des irischen Parlaments am 16. August teilnehmen zu können.

Die Entwaffnung des deutschen Heeres.

Die Reichstreuhandgesellschaft hat bis zum 1. Juli 1921

	zur Zerstörung erhalten	zerstört	noch auf Lager
Gewehre und Karabiner	5 498 800	5 337 800	85 400
Maschinengewehre	98 370	95 705	2 665
Minenwerfer und Rohre von leichten Geschütze und Rohre von schweren . .	27 376	26 381	995
Beiten . . .	51 947	51 545	402
Scharfe Artilleriegeschosse	37 200	37 030	70
und Minen	30 000 000	30 000 000	7 200 000
Scharfladungen gewehr- und Wurfgranaten	15 000 000	14 000 000	1 000 000
Scharfe Zünder . .	56 200 000	54 000 000	1 800 000
Handwaffenmunition .	432 000 000	380 000 000	48 000 000
Flugzeuge . .	14 000	13 969	10
	1 000	822	
Flugzeugmotoren . .	27 668	23 966	168
	ausgeliefert:	3 644	

Nach dem Stande vom 6. August 1921 sind auf Grund des Ultimatums und der Entwaffnungsnoten vom Mai 1921 folgende Restbestände an Waffen, Munition und Kriegsgerät zerstört worden: 453 Geschütze, 395 Gebirgsrohre, 845 Haubitzen, 2 368 263 Stück Artilleriemunition und Minen, 1 696 953 Stück Zünder für Artilleriemunition, 3 141 977 Kilogramm Pulver, 1198 Minen und Granatwerfer, darunter 80 Signalwerfer, 1 000 000 Handgranaten, 570 712 Gewehre, Karabiner, Zaubgewehre, 19 812 Revolver und Pistolen, 327 566 blanke Waffen, 2 078 469 Gewehr-Wurf- und Handgranatzünder, 2 091 241 Zünder für Handgranaten, 37 499 117 Stück Handwaffenmunition, 370 290 Kartuschen aller Art, 349 530 Sprengladungen, Sprengkapseln, 14 820 Wagen aller Art, darunter 418 Protzen, 60 Maschinengewehrwagen, 751 Feldküchen, außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Gasschutzgeräte, Nachrichtengerät, Brückengerät, Gasschutzgerät, Werkzeugen aller Art, Feld- und Vorderbaugerät, Geschirr und Stallsachen, Wagenüberbauten, Zeltbahnen, Feldbäckereigerät, Schiffsüberbauten, ferner 76 Feldbäckereien, 2 Motorräder, 140 Kraftwagen, 18 Kraftwagenanhänger, 290 Zugfahrzeuge, 5000 Fernsprechapparate, 100 Bodzelte, 900 Zeltgeschirre und 5 000 000 Plappatronen.

Die Kreditverhandlungen Oesterreichs.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. Wien, 8. August.

Heute waren hier Nachrichten verbreitet, denen zufolge Bundeskanzler Schober entschlossen sei, Zusammentritt des Obersten Rates zur Kreditfrage der Regierung, Reise nach Paris Aufteilung der Kredite, Ablehnung des Kreisverlautet, daß zwischen Paris und Wien bereits diesbezüglich ein Depeschenwechsel stattgefunden habe.

Heute fand eine Konferenz zwischen den aus Paris zurückgekehrten Vertretern der Wiener Banken im Bundesministerium für Finanzen statt. Den Gegenstand bildete das Ergebnis der Pariser Verhandlungen über die Tilgung der Kreditgesellschaften der Banken an die französischen Gläubiger. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

*

Kbg. Wien, 8. August. (Eigene Drahtmeldung.) Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wickelt sich die Uebergabe Wettungarns programmmäßig ab.

Aktiengesellschaft „Weser".

Die bekannte Werft „Aktiengesellschaft „Weser" hat, wie wir bereits gestern gesehen, ihre Arbeiter aus ihrer Arbeiterschaft zu entlassen, um so Betriebseinstellungen zu vermeiden. Sie stellt darin fest, daß die Arbeitseinstellung außerordentlich gering ist, daß die Herstellung unbeschädigten Arbeitsstücke zu hoch ausfallen, und daß die Unkosten infolge der fortwährenden Forderungen der Arbeiter um 1½ Millionen Mark gestiegen seien. Die ungeheuren Summen, die die Reichsbahn bei der Werft bezahlt, gestattete Aufträge entweder zu annullieren oder bereits begonnene Schiffe der Gesellschaft zu entziehen und anderen zu vergeben zu stellen. Die Kosten für die Tonne Tragfähigkeit betrugen auf der Weserwerft rund 5000, auf anderen Werften 3750 Mark. Die Schiffsbauverbandsbank hat Ihnen keinen Geld mehr, um die begonnenen Schiffe fertig zu bauen. Nur bei einer Verständigung mit den Werftern würde es möglich sein, die begonnenen Schiffe fertig zu stellen. Dabei sei unbedingt Strenge Innehaltung des achtstündigen Arbeitstages, genaue Kontrollstelle, Nichtüberschreitung der Mittags- und Frühstückspausen, sofortige Entlassung des Diebstahls überführter Arbeiter, genaue Innehaltung der Akkorde, Entlassung der Arbeiter, die sich diesen Regelungen nicht unterwerfen wollen. Bei Weigerung der Arbeiterschaft würde die Werft gezwungen sein, sofort größere Entlassungen vorzunehmen oder die Werft ganz zu schließen.

Der Betriebsrat hat dieser Bezugnahme nicht genommen. Die Lebensmittelpreise insbesondere gegen die veränderte Akkordregelung Stellung genommen. Die Behauptung, daß zu geringe Arbeitsleistungen vorlägen, wird bestritten. Es sei notwendig, das Unkostenkonto nicht nur in bezug auf die Arbeiter durchzuprüfen.

Hierzu schreibt die „Weserzeitung": Schon am Tage der Lebensmittelpreise insbesondere gegen die veränderte Akkordregelung Stellung genommen. Die Behauptung, daß zu geringe Arbeitsleistungen vorlägen, wird bestritten. Es sei notwendig, das Unkostenkonto nicht nur in bezug auf die Arbeiter durchzuprüfen.

Hierzu schreibt die „Weserzeitung": Schon am Tage der Lebensmittelpreise insbesondere gegen die veränderte Akkordregelung Stellung genommen. Die Behauptung, daß zu geringe Arbeitsleistungen vorlägen, wird bestritten. Es sei notwendig, das Unkostenkonto nicht nur in bezug auf die Arbeiter durchzuprüfen.

Vor neuen Lohnstreikungen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht eine Erklärung, in der bei weiterer Erzählung der Preiserhöhungen, verschiedenen sonstigen Preissteigerungen und der bereits eingetretenen gewaltigen Lastenvermehrung gefolgert wird, daß die Arbeiter gezwungen seien, „unverzüglich und vor einer Sinke neuerlich berechtigte Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen mit den Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes durchzusetzen". Es wird dann auf die Erklärung der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 1. April hingewiesen, daß „im Falle einer Erhöhung der Kostenpreise entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preissenkung anderer Gegenstände die Kaufkraft der Lebensmittel bereits ein Ausgleich geschaffen sei". Diese Preisänderung sei aber ausgeblieben. Weiter heißt es in der Erklärung des A. D. G. B.:

„Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnerhöhungen auf neue preistreibend wirken müssen. Es kann daher keine Frage sein, daß sie nur mit Widerstreben neuen unglücklichen Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, der Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen helfen und verhütter Kreisl vorzeitig werden. Solange indes, bis das gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch entsprechende Lohnerhöhungen das Ausgleichen für die leere Teuerung zu schaffen. Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll."

Der Aufruf schließt mit einer Mahnung zur Einigkeit in den Gewerkschaften; nur dann könnten die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich erfüllen.

Wir kommen auf den ganzen Fragenkomplex noch ausführlich zurück.

Kampfansage der U. S. P. D.

Die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie hat schon vor dem Bekanntwerden der neuen Steuerpläne der Regierung in zahlreichen Artikeln verlangt, daß die Besitzenden den Besitz treffen sollten. Sie hat dem auch jetzt an dem Steuerprogramm die heftigste Kritik geübt. So verschreibt Ernst „Freiheit" einen Artikel, in dem er sagen läßt, die Steuerprogramms der Regierung den heftigsten Kampf ansagt. Das Blatt schreibt unter anderm:

„Es ist der Augenblick gekommen, wo die „Bewältigungspolitik", die die Unabhängige Sozialdemokratie dem Kabinett Wirth zur Durchführung der auch den Sozialdemokraten bekannten Gesetze ermöglicht hat, abbricht. Entsprechend ihrer am 4. Juni im Reichstage abgegebenen Erklärung, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten die „Taten" der Regierung abzumessen, ihr gegenüber aber jederzeit „die Klasseninteressen des Proletariats gegenüber den Besitzenden vertreten", kann gegenüber den jetzigen Absichten der Regierung nur noch rücksichtsloser Kampf in Frage kommen."

Ueberraschen wird diese Kampfansage niemanden. Auf die Unabhängige Sozialdemokratie wird von vornherein kein Verlassen rechnen, sobald es sich um den Aufbau eines Steuerprogramms handelte, das, auf sachlichen Erwägungen beruhend, die tatsächlichen Möglichkeiten der Gesamtheit in Erwägung zieht. Bezeichnend ist es, daß die Unabhängige Sozialdemokratie ebensowenig wie die Kommunisten jemals irgendwelche Mittel und Wege angegeben, die geeignet wären, Steuerbedarf lediglich aus dem Besitz zu decken.

Deutsches Reich.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Der diesjährige Parteitag der Deutschen Volkspartei findet, wie bereits bekannt, seinen jährlichen festgesetzten Termin wegen der Berliner Stadtverordnetenwahlen nicht gelassen werden müssen, nunmehr zum 22—25. Oktober in Stuttgart statt. Am Sonnabend den 22. Oktober, tritt zunächst der Zentralvorstand zusammen; am Sonntag, den 23. Oktober, tagen die Landesausschüsse; am Montag, den 24., und Dienstag, den 25., finden dann die Verhandlungen des Parteitags statt. Für den Sonnabend ist ferner für Mittwoch, den 26., eine Ausflüge in die Umgebung Stuttgarts und auf die Schwäbische Alp in Aussicht genommen.

Die Wahlen im Ruhrrevier.

Pa. Essen, 9. August. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Wahlen im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets erzielte von 183 470 Stimmen der alte Bergarbeiterverband 100 924 Stimmen, die Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter 40 468, die polnische Berufsvereinigung 20 488, die christlichen Berufsverbände 7105 und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 5591 Stimmen. Die Gruppe der Angestellten erzielte die Ziffer 11 719, der Verband kaufmännischer Angestellten 5721, der Gewerkverein christlicher Angestellten 1554, der Verband oberer Bergbeamten 1761 und der Reichsverband deutscher Bergbau-Angestellter 31 Stimmen.

Konflikt zwischen Landtag und Beamtenbund in Bayern.

TU. München, 9. August. Zwischen dem Bayerischen Beamtenbund und dem Landtag ist in der Frage des Beamtenzutritts zur Beamtenbesoldungsordnung ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Es war gestern abend abgelehnt worden, daß das Bayerische Beamtenbundes wurde eine Entschließung angenommen, welche vom Landtag insbesondere das Ministerium erst sofort als Gangen angenommen werde. Demgegenüber stellt die Zentralleitung der Bayerischen Beamtenbund, wovon es heißt, daß die Führer der Beamtenorganisationen einen Druck auf den Parlamentsmitgliedern ausüben wollen, daß der Landtag unter keinen Umständen nachgeben dürfe. Die Pflichtung des Bayerischen Beamtenbundes lasse es, wenn es es unter allen Umständen auf eine Nachtragsde entkommen lassen wolle, auf einem bedenklichen Wege, welcher weder für die Beamtenschaft, noch für den Staat zu einem guten Ziele führen könne.

Bayerischer Dokumente zum Mord.

TU. München, 9. August. Die der gestrigen Landtagssitzung unterbreitete Denkschrift der Bayerischen Volkspartei bietet in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Graf von Hertling und anderer Staatsminister der Wegeordnete Held eine Anspruche, in der er sagte: Wir wollen ein sicheres geordnetes Zusammenleben im ganzen bayerischen Volk, wir wollen ein friedliches Bayern, wir wollen alle Bodenständigen und wollen es bleiben, aber friedliche Deutsche sein. Der Redner bekennt sich zum großdeutschen Standpunkt und spricht die Hoffnung aus, daß dafür auch in Bayern und Deutschland das notwendige Verständnis sich finden möge.

Das bayerische Siedlungsvorgesetz.

LK. München, 9. August. (Eigene Drahtmeldung) Der Bayerische Landtag hält heute keine letzte Plenarsitzung vor der Sommerpause ab. Die sozialistischen Parteien haben für diese Sitzung einen Antrag eingebracht, nach dem der Siedlungsgesetz unverändert in der Fassung, wie er aus den Beratungen des Landtags hervorgegangen ist, zum Gesetz erhoben werden soll. Die Sozialistischen Parteien haben sich bereits mit der Zentrumsfraktion ins Benehmen gesetzt, um die verfassungsmäßige Anfrage abzulegen, wobei der parlamentarischen Brauch des Einvernehmens zwischen Volk und Regierung zu sein.

Lohnstreik in Rheinpfalzen.

T.U. Mainz, 9. August. (Frankfurter Zeitung.) Der Streik der Arbeiter ist erschienen die wichtigen bergrechtlichen Betriebe. Die haben gut überwältigung der wichtigsten Betriebe eine Ausdehnung des Streiks. Der Streik hat auch nach Worms übergegriffen, so daß die beiden Zeitungen gestern nicht erscheinen konnten. Es verlautet, daß auch die Arbeiter rheinhessischen Gebiete in den Streik einbegriffen werden.

Metallarbeiteraussperrung in Krefeld.

T.U. Krefeld, 9. August. (W. T. B.) Da die ausständigen Arbeiter einer Firma die Arbeit am Sonnabend nicht wieder aufgenommen haben, hat der Arbeitgeberverband für das Metallgewerbe sämtliche Metallarbeiter in Krefeld ausgesperrt.

Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Zivilisten.

P.U. München, 9. August. In einer hiesigen Kneipe kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Reichswehrsoldaten und Zivilisten. Mehrere Personen wurden dabei mit Bajonettenstichen verletzt. Die zivilistischen Gäste wurden hinausgeworfen. Es ist bis jetzt noch nicht bekannt, ob die Polizeibeamter mehrere von ihnen. Die Polizeibeamter mußte von einer Schußwaffe Gebrauch und verhaftete einen Reichswehrsoldaten schwer.

Geheimrat Feld, der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, ist am 9. August in Bad Kissingen im Alter von 74 Jahren gestorben.

Der XIII. Sperantistenkongreß.

Am 31. Juli wurde in Prag der XIII. Internationale Esperantistenkongreß eröffnet. 2600 Delegierte nahmen an ihm teil, die Berichte von 32 Ländern, die hierbei vertreten ist, wurde von Gelegenheitsbrief, der Tschechoslowakei, abfolgt. Zum ersten Male waren Delegierte von Indien, Frankreich und die übrigen europäischen Länder. Aber auch aus anderen Erdteilen haben sich Kongresse der Esperantisten Spalt Australien, Neuseeland, Japan, Argentinien und Indien.

Trotz der außerordentlichen Beteiligung an dem Kongreß für Propagierung eines internationalen Verständigungsmittels, wird sich die Frage, ob es eine klassische Sprache, die sich des Willens, lebendig gemacht und lebendig erhalten werden kann.

Der es im internationalen Kongreß einer kleinen Universitätsgruppe am meisten brachte, der politische Kitt des Kongresses, das Esperanto, ist 1887 von Dr. Zamenhof, einem jüdischen Priesterpaar in Warschau. Vor etwa 30 Jahren veröffentlicht er seine Sprache, die Esperanto, in russischer und polnischer Sprache, und seine ersten Anhänger kommen dann aus diesen Ländern, aus Russland, Polen und Ungarn, im übrigen Europa, in der ganzen Welt Bekenner, und in gewissem Sinne ist sie heute bereits ein internationales Verständigungsmittel.

Auch die Buch- und Zeitschriftenliteratur des Esperanto ist heute bereits beachtenswert. Die Werke und Prospekte sind hier eine ziemlich starke Bereicherung. In den bekanntesten dieser Blätter gehören die Esperanto-Zeitschriften, die Esperanto, das amtliche Organ der U. E. K. (Universala Esperanto Asocio), ferner die „Internacia Revuo" und „Esperanto-Zeitschrift" für Handel und Industrie in Zürich und die Wochenzeitschrift „Esperanto triumphoranta" in Köln.

Dr. A.

Ein thüringischer Kulturpark.

Ein für Kunst- und Naturbetrachtung, für geschichtliche und vorgeschichtliche Alertümer, ist jetzt in Thüringen im Werden begriffen. Es soll die Kunstwerke und Denkmäler selbst sichern, die Verlockungen von Altertümern verhindern, einer Verschleppung von Kunstwerken vorbeugen, sowie die Leute und Denkmäler selbst sichern, sowie die Leute und Denkmäler selbst sichern, ein Schutz der ursprünglichen thüringischen Literatur, mit naturwissenschaftlichen, sehr wissenschaftlichen Erzählungen hervor.

Das wandernde Land.

Von

Ernst v. Saar.

Ganz fern, im tiefsten Osten Russlands, wo noch heute die Namen der Landschaften, der Gutsherren und fremd und seltsam klingen, wo noch heute die Städte die Gesetz- und Handelsplätze aus Vorkriegszeit und flüchtig ihre Namen verrieten, da, wo durch endlose Weiten die Wolga trage ihre trüben Wogen zum Schwarzen und „politischen" Meere hinabwälzt — auch heute noch ein Riesenstrom: speist sich der große Strom doch hauptsächlich aus Rinnsalen, Bächen, unerschöpflichen Moorflächen: in jenen halb sagenhaften Gegenden steht das Volk auf und ist sich bedend von der heimatlichen Erde.

Nicht Revolution und Revolutionsermöchten, obwohl sie im tobenden Wirbel alle Wurzeln erschütterten, dieses schwerbewegliche Volk von dem jähgeliebten Lande zu reißen. Erst jetzt, nachdem das nachsinnige Experiment mit Hoffnung verbrecherischer Bolschewisten auch die letzten der apokalyptischen Rosse entfesselt hat, und jeder Reiter und Zusammenbruch gefolgt, und baltos flieht die Menge vor dem nachjagenden Entsetzen. Hunger und Cholera und gar die schwarze Pest sind über diese Menschen wolend hergefallen. Und der grimmende Tod jagt unermüdlich und wahllos seine grausame Sense, wie der Schnitter durch den Roggen, durch Fleisch und Leben. Wer soll da noch denken an Heimat und Haus, an Weib oder Wirtschaft, wo die jengende Sonne den letzten Halm verbrennt, das letzte, ängstlich gehegte Vieh hinwirft zu kauelnden Kot. Und wo fast vergessene Seuchen und dunklem Mittelalter kommen und gierig nach den Menschen packen, um Mann von Weib, Eltern von Kinde in erbarmungslosem Todeskampf zu zerreißen.

Kopflose Furcht, haltloses Entsetzen packt die Bewohner der Höfe, der Dörfer und der Städte. Die stehen im siebrigen Wahnsinn auf von der Erde der Eltern und Ahnen, die ihnen die und leer, ein verbrannes, ausgedörrtes Gefilde, entgegenstarrt. Die zerrissen, geschüttet von bestimmungslosen Angst, jedes Gefühl, jede Erinnerung an ihre Menschtum, an ihr gläubiges, friedliches Leben unterdrückt. Nur ein Gedanke: Flucht beherrscht sie alle, Hoffnung auf Rettung bei eigenem armen Leibes. Und ohne Denken, ohne Wissen, ohne Ziel und Sinn, taumeln sie das verbrannte Land, über die mühseligen Wege jenem zitternden Glauben nach, der irgendwo im unbekannten Westen, hinter diesen unendlichen Weiten ein gelobt bei reichlichem Brot und satigeräumter Stätte verheißt.

Und die vom Unglück gepeitschten, immer wachsenden Scharen, wälzen sich, grau in grau, hinab- und hinauf, die immerfort ziellosen Pfaden des Land; die leste Nahrung — meist ist es nur noch Stroh oder unreife Waldfrucht und Baumrinde — ihnen entreissend. Immer und immerwieder ein gleich hoffnungsvolle Zug. Wie die Lemminge aus den sibirischen Tundren, die solchen Massen keine Nahrung mehr zu bieten haben, sich in Millionenscharen in die weitliche Land ergießen, von dunkler Furcht fast geleitet und von kriegerischen Ereignissen gefährt. So schiebt sich der Menschenstrom Elbe und Steppe. Ebenso blind und schrankenlos geht der Zug der Menschen dahin, keine Gefahr mehr kennend oder achtend, oder in rücksichtslosem Angsten gegen ihren Weg stehend. Ganze Tausende elend verderben, sie überqueren die Flüsse, sie durchziehen brennende Wälder und wasserlose Gebirgen. Man muß ihnen lebende Mauern von Kriegern und Maschinengewehren entgegenstellen, sie lassen die Leichen sich schichten und kettern klumpt nach oben hen schrecklichen Wall, um den neuen Widerstand endlich, rein durch ihre Zahl, zu brechen. Wie jenen Tieren der Tod sich anbietet auf ihrer jeglosen Wanderung, als Kanone, als Kugel, Wolf und Fuchs oder als wütende Seuche, so heften sich auch den fliehenden Menschenmassen die grausigen Reiter der Apokalypse an die Sohlen. Der Hunger bleibt nicht allein im leeren, ausgedörrten Lande, auch nicht der Krieg des Menschen wider den Menschen. Sie ziehen mit, folgen dem zwiefigen Zuge, und werfen dem Morgen bis zum Abend, dem Abend bis zum Morgen Unzgeschäfte in die Gräben am Straßenrand, auf die von Trockenheit glühenden Felder

Reichshauptstadt.

Zur Berliner Fernsprechnot.

Die Schwierigkeiten, die seit Beendigung des Krieges der Erlangung eines Fernsprechanschlusses in Berlin entgegenstanden und die hauptsächlich in dem Mangel an Fernsprechgeräten, in dem Fehlen von Anschlußdrähten und in der Erschöpfung der Aufnahmefähigkeit einer Reihe von Vermittlungsämtern ihren Grund hatten, sind seit fast auf letztgenannte Ursache im wesentlichen überwunden. Dagegen ist es noch nicht möglich gewesen, sämtliche Rückstände unter den notwendigen Umfang für Neuanschlüsse wieder aufnahmefähig zu machen, weil die Jahre 1919 und 1920 eine ungewöhnlich starke Zunahme der Fernsprechnot gebracht haben und weil die Gewährung der Herstellung neuer Vermittlungseinrichtungen aus technischen Gründen sehr viel Zeit beanspruchte. Ein neuen Vermittlungsamt ist inzwischen bei Wiesbaden, Wiesbaden, Königstadt, Hansa, Dunkelbek und Steglitz sowie mehrerer kleinerer Ämter in den Nachbarbezirken vorgesehen worden. In Vorbereitung ist außerdem die Einrichtung neuer Ämter in Berlin (Schöneberg-Westend, Westend (Gesrlitz), Wilmersdorf (Grunewald), Friedenau, Pankow und Spandau, für die neue Häuser gebaut werden.

Unmittelbar helfen die Verhältnisse angesichts nur noch bei den Ämtern 5 (Zentrum), 6 (Kurfürst, Nähere Nollendorf) und 7 (Alexander, Königstadt, Nähere Nollendorf) die Fernsprechhilfsdienste auffassen. 246 nur ausnahmsweise Beteiligung der Schwierigkeiten lassen sich bei diesen drei Ämtern durch Umbauten für die Neuanschlüsse leider nicht überwinden. Anträge auf Herstellung von Neuanschlüssen werden grundsätzlich nur in der Reihenfolge ihres Eingangs erledigt. Wenn der bei den genannten Ämtern noch bestehenden Anschlußnot werden Anträge auf Bereitstellung der bei einem Teilnehmer in denselben Ämtern bereits vorhandenen Anschlüsse vor der Hand solange zurückgestellt, bis derselbe, die Verhältnisse nicht eine Zweiteilnehmerschaft bestehen, ausgeschlossen werden sind. Vom Frühjahr 1922 ab ist, nach Mitteilung der Post, mit einer Besserung der Fernsprechverhältnisse in Berlin zu rechnen.

Der dritte Tag der Modewoche des Verbandes der deutschen Modeindustrie brachte in den Räumen des Zoologischen Gartens einen Begrüßungsabend, der eine zahlreiche Gesellschaft vereinigte. Mitglieder des Verbandes und der ihm angeschlossenen Industrie, zahlreiche geschäftsfreunde des In- und Auslandes sowie Vertreter von Behörden waren gekommen, um an dem Abend teilzunehmen. Als erster hieß Geheimrat Jeßner die Teilnehmer willkommen und betonte in seiner Ansprache die Bedeutung der Modeindustrie, ihre Aufgaben und Entwicklung im wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Der Redner wies auf die schweren Entscheidungen gerade dieser Tage hin, in denen das Schicksal Deutschlands entschieden werde, und betonte zum Schluß, daß nur ein gesunder Optimismus uns dazu helfen könne, an der wirtschaftlichen Weiterentwicklung Deutschlands mit allen Kräften weiterzuarbeiten. Hierzu sei auch der Verband der deutschen Modeindustrie und der verwandten Industrien berufen. Nach ihm sprach unter anderen auch der Reichskanzlerpräsident Dr. Wirth, der die Aufgabe der Frauen in der Mode betonte und auf die engen Beziehungen zwischen Kunst, Mode und Frauen hinwies. Die Feier nahm einen harmonischen Verlauf. L.

Mängel in der Ausführung der Postsendungen wurden besonders nachteilig für Adressier und Empfänger. Eine gilt namentlich für Postsendungen an Empfänger in der neuen Stadtgemeinde Berlin, von Straßen mit gleich oder ähnlich lautenden Namen mehrfach vertreten sind und viele Straßenzüge aus einem Postort in den anderen übergehen. Bei Sendungen nach dem Postort Berlin mit genau zahlreichen Bestellpostämtern muß außerdem hinter der Ortsbezeichnung der Postbezirk (W., NW., N., S. usw.) und die Nummer der Bestellpostamtes angegeben werden (z. B. Berlin W. 8). Ebenso ist es dringend erwünscht, daß der Absender von Postsendungen auf deren Aufschrift seinen Namen, Stand und Schriftgut nebst Wohnung angibt. Für die zweckmäßige Fertigung der Aufschriften bei den nach Berlin gerichteten Sendungen gibt ein Aushang in den Schalterräumen der Postämter Anleitung.

Die gefährlichen Schießereien auf Vorortzüge, über die wir wiederholt berichteten, haben jetzt zu Beschwerden Mißhandelnder geführt. Die Eisenbahndirektion hat sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung gesetzt. Sie ist bereit, für die Ergreifung der Schießerien in jedem einzelnen Falle Belohnungen bis zu 3000 ℳ zu zahlen.

Unter der Weidendammer Brücke.

Gestern nachmittag besichtigte der Verein Berliner Architekten die Untergrundbahnbauten an der Weidendammer Brücke und unter dem Bahnhof Friedrichstraße. Die Bauart der beiden neuen Sprengwerke, der S. C. G.-Schnellbahn und der Dampfbahnbrücke und der Nord-Südbahn an der Weidendammer Brücke ähnelt einander sehr, doch war der Fortschritt gegenüber den Bauten der Stadtbahn, die über den Tunnel die Weidendammer Brücke führt. Die größte Schwierigkeit lag darin, daß der Bau ohne wesentliche Störung des Wasserverkehrs durchgeführt werden mußte. Einschließend an die eigentliche Spreeunterführung ist eine Minorbrücke zu überbrücken, die zwischen der Weidendammer Brücke und dem Bahnhof Friedrichstraße ein alter Graben unter der Spree mit dem 80 Grad die Bahnlinie kreuzt, der sich nach Süden bis hinter das Kaiserhaus der Komischen Oper und nach Norden bis hinter das Gebäude Schoenfelsmuseum verfolgen läßt.

Fast auf der ganzen Länge des eigentlichen Spreetunnels ist die Sohle mit den Fundamenten versehen worden, ebenso ist auch schon der größte Teil der seitlichen Seitenwände eingebaut worden. Magnetbilitäts haben jedoch diese Arbeiten eine Verzögerung erlitten, da sich gerade hier der Zimmerer-Streik stark bemerkbar macht. Außerhalb des Spreetunnels an der südlichen Strom- und Landpfeilern der Weidendammer Brücke machen jedoch die Bauten gute Fortschritte. An Stelle der schweren Trägerkonstruktionen, wie sie noch im nördlichen Strompfeiler Verwendung fanden, wird in den südlichen Strompfeiler, zur Ausführung der Gewichtes der Brücke, die bekanntlich nicht direkt auf der Zunmelbede ruht, eine Doppelträgerkonstruktion eingebaut, während in den Baupfeiler eine einfache Eisenkonstruktion eingebracht werden wird.

Die Fundamente der Stadtbahn, zwischen denen der Tunnel hindurch geführt wird, sind ebenfalls, wie die letzten Wohnungen ergeben haben, auf unsicherem Baugrund errichtet. Daher müssen, um sie nicht zu gefährden, die Bauarbeiten an der Nord-Südbahn unter dem Tunnel mit äußerster Vorsicht ausgeführt werden. Dem Verlangen der Eisenbahnverwaltung entsprechend muß die Stadt Berlin an dieser Stelle in die Tunnelwandungen schwere eiserne Ringkonstruktionen einbauen, die dem umliegenden Erdreich die erforderliche Festigkeit geben. Von diesen Ringkonstruktionen sind in beiden Schächten jetzt drei in der Ausführung begriffen.

Durchreiße-Schwermerk nach Danzig. In der Oeffentlichkeit bestehen immer noch Zweifel darüber, ob zur Zeit nach Danzig der Durchreiße-Schwermerk eines polnischen Kontrolls erforderlich sei. Es wird daher wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß zur Durchreise durch den polnischen Korridor lediglich ein Durchreise-Schwermerk nicht aber ein Einreise-Sichtvermerk erforderlich ist. Wie Kreise im Interesse, Auch Danzig mögen hierauf im eigenen Interesse achten, da der für Danzig erforderliche Durchreise-Schwermerk nur 10 ℳ kostet, während für einen Einreise-Sichtvermerk seitens der polnischen Konsulate eine Gebühr von 200 ℳ erhoben wird.

Der „Studentenfund in Not". Viele Briefe im Reich erhielten seit geraumer Zeit ein Schreiben aus Berlin, in dem ein Studentenfund in Not über eine Notlage flehte. Die Briefe waren nicht unterschrieben. Der Verfasser lieh durchführen, daß er sich schäme, seinen Namen bekanntzugeben, erklärte aber, daß er sich mit seiner Frau in der traurigsten Lage befinde. Wenn ihnen keine Hilfe zuteil werde, so bleibe ihnen nichts anderes übrig, als sich das Leben zu nehmen. Die Empfänger der Briefe glaubten daran, weil sich ja viele Angebotene akademischer Berufe beutzutage in der letzten und sieben sich Fälle jeder nach ohne weiteres an, daß er in Berlin noch einen ehemaligen Studentenfund habe. Der Briefschreiber erbat die Hilfe durch gerichtlichen an ein Berliner Postamt. Dort gingen Fortgelegt grobere und kleinere Beträge ein. Einige Briefe jedoch wandten sich an die Polizei. Die Beobachtungen ergaben, daß man es mit einem gewerbsmäßigen Betrüger zu tun hatte. Er hatte aber „Notleidende" wieder einmal eingegangenen Sendungen abholen wollte, wurde er von Polizeibeamten festgenommen. Es als ein Jahr alter Kaufmann Gamlin, der vor zwei Jahren schon einmal von sich reden machte. Er erhielt damals einen Monatsbesuch, der auf ihn am selben Tage auf dem Gendarmenmarkt verübt sein sollte und großes Aufsehen erregte. Den illustrierten Blättern wurde damals ein feinergeit in einer Zeremonienkutsche vorgeführt und unterbracht, aber wieder freigelassen.

Filmschau.

„Goliath Armstrong." Z. Teil. Endlich hat die wilde Hatz ein Ende gefunden. Autos, galoppierende Pferde, Wolkenkratzer in allen Gegenden, geschwindeste Gefährt hat „Phantom", enthüllt sein Haupt und entpuppt sich als „der" Detektiv. Der letzte Teil dieses Armstrong-Films (an dem man die Presse, unerschreckt und wohlbegründeter Scham, nicht mehr aufgeboten hatte) war wesentlich noch unlogischer und unwahrscheinlicher als die übrigen. Das Einzige, was erfreuen konnte, waren die guten Landschaftsbilder. Wenn Amerika uns aber noch mehr Filme dieser Art schickt, wird es den guten Ruf und die Achtung der seiner Tüchtigkeit sehr bereiten. Den Tempo vor allem ist schnell und amerikanisch, eine Illustration des Satzes: „Times is money". A. L.

„Ein Raubtier." Die Delta-Filmgesellschaft der Ring-Film-A.-G. hat eine Filmserie (nur auf sich hält, muß Serien bringen) hergestellt, welche unter dem Gesamttitel: „Die Geschichte des grauen Hauses" hier besonders interessante Ereignisse eines Zuchthauses vorführen berichtet. Der eine dieser Filme heißt: „Ein Raubtier". Es behandelt die Geschichte eines Mordes, der aus Eifersuchtsverzweiflung zum Verbrecher und schließlich zum Mörder wird. Alfred Abel spielt die Hauptrolle, seine Spielkunst kann ein Wort zu verlieren. Seine Partnerin ist Edith Meller, die als Lady freiheiten nicht ganz so echt wie als grande coquette wirkt. Robert Leffler, der Regisseur, hat seinen Zuchthäusler als Sohn haben will, Ernst Reimund und Olaf Storm wirken recht angenehm. Leopold v. Ledebur sollte einmal versuchen, etwas anderes zu zeigen, als stets die gleiche Rolle. Die Photographie und Regie waren aus der Höhe. Das Manuskript stammt von Hans Hunn. A. L.

Die Aufnahmen zu dem zweiten Kriminal-Film „Die Geschichte des Barof Tokusen" verfaßt von Arthur Schetter, der Zeiss-Film G. m. b. H. der Ring-Film A.-G., unter der Regie Erik Lunds sind jetzt soweit beendet worden. In den Hauptrollen wirken Albert Steinrück, Konrad Veidt, Anni Rotmund und Georg John. Die Photographie machte Günther Krampf, die Bauten Julian Ballenstedt.

Deutsche Filme in Mexiko. Zugunsten der Deutschen Filme in Mexiko fand, laut Berichten der „Deutschen Zeitung von Mexiko", am 10. Juni im Ufa-Cinema eine Vorführung von Deutschen Filmen statt. Die beutsche Filmkunst ist in Mexiko schon sehr bekannt, und besonders die deutschen Lehrfilms genießen dort den Ruf, die besten der Welt zu sein.

Fräulein Ina Batty wurde von der Offi-Oswalda-Film-Gesellschaft für die gesamte Produktion verpflichtet.

Eugen Illés dreht dieser Tage die letzten Szenen zu dem Groß-Film „Der Geisterbahnhof". Außerordentliche technische Aufgaben, die sich zeigten, waren nur mit Hilfe von Eisenbahnbau-Ingenieuren zu lösen. Eugen Illés, der Regisseur des Bergfilms, beherrscht, dürfte in der modernen Eisenbahn beherrscht, dürfte in Monatsfrist auf der Leinwand erscheinen.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Dienstag, den 9. August 1921.

Sozialisierung der tschechoslowakischen Kohlenbergwerke?

Von Prof. Dr. H. Rauchberg in Prag.

Nicht weniger als drei Anträge auf Sozialisierung des Kohlenbergbaues liegen der tschechoslowakischen Nationalversammlung in der Gestalt von Gesetzentwürfen vor. Dabei sind sieben die tschechischen Nationalsozialisten eingebracht, den zweiten die deutschen, den dritten die tschechischen Sozialdemokraten. Alle die Entwürfe stimmen darin überein, daß sie Enteignung und Vollsozialisierung des Bergbaus fordern; der erste in der Form von Staatseigentum oder Nationalisierung, die beiden anderen durch Errichtung von gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften, auf welche sowohl das Eigentum als auch die Leitung des Betriebs übergehen sollte. Weder die Regierung noch der sozialpolitische Ausschuss der Nationalversammlung haben den Mut aufgebracht, zu diesen Entwürfen Stellung zu nehmen. Sie haben sich dahin geeinigt, zunächst die gutachtliche Aeusserung von Männern der Wissenschaft einzuholen. In Ausführung dieses Beschlusses hat dieser Tage eine Expertise stattgefunden, an der die Volkswirtschaftler und Verwaltungsrechtler der deutschen und tschechischen Universität geladen waren. Die Professoren haben sich mit geradezu überraschender Einmütigkeit gegen die Sozialisierung im Sinne der vorliegenden Anträge und für Massnahmen der positiven Sozialpolitik ausgesprochen. Hierbei liessen sie sich von den folgenden Erwägungen leiten.

Die Sozialisierung wäre nur dann rätlich, wenn sie eine erhebliche Steigerung der Kohlenproduktion und eine bessere Versorgung der Volkswirtschaft mit sich brächte und dieser Erfolg nicht auf andere Weise zu erzielen wäre. Aber die von den Antragstellern behauptete technische Ueberlegenheit der sozialistischen Produktionsweise ist durchaus nicht erwiesen oder nur scheinbar gesichert. Im Gegenteil, die Sozialisierung bedeutet zugleich eine Bürokratisierung der Leitung und des Betriebes, welche Erfolge oder schädlich als förderlich wäre. Sie brächte die Gefahr mit sich, dass bei der Praktikanung die volkswirtschaftlichen Rücksichten überwiegen und gähe das Augenmerk und Arbeitsinteresse der Bergbau eine geradezu diktatorische Gewalt über die Kohlenversorgung zum Nachteil Kreise, nämlich über die gesamte Volkswirtschaft. Die Unternehmer, die sich bisher mindestens in technischer Hinsicht bewährt haben, würden ausgeschaltet und, wenn man sie anständig entschädigte, in arbeitslosen Rentnern gemacht. Entschädigte man sie nicht, oder nicht angemessen, so wäre dies ein Raub, der den ohnedies nicht gerade glänzenden Kredit des Staatswesens zerstören würde. In jedem Falle würden die zur Abfindung der Aktien, eine Erhöhung sich ohne weiteres ergeben. Und die Ausgabe, die sich zweckmässig unter dem Deckmantel von den Gewerkschaften, die sich zu einer Gesellschaft zusammenschlossen, die sich zu einer Gesellschaft zusammenschlossen, die sich zu einer Gesellschaft zusammenschlossen

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Deutsche Volkswirtschaft.

Deutschlands Einfuhr nach England. Im Unterhaus wurde von seiten des Finanzministers mitgeteilt, daß die deutsche Einfuhr nach England vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. sich auf 11 797 491 £ belaufen gegenüber 11 693 943 Pfund Sterling in gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Ein- und Ausfuhr Estlands im Juni 1921. Nachdem im Mai dieses Jahres Estland zum ersten Male eine aktive Handelsbilanz aufzuweisen gehabt hatte, überstieg der Wert der Einfuhr nach Estland im Juni d. J. den Wert der Ausfuhr um mehr als 80 Mill. Emk. Nach Feststellungen des statistischen Bureaus des Handels- und Industrieministeriums sind im Juni nach Estland zur Einfuhr gelangt: Lebens- und Genussmittel für 78 350 254 Emk. Maschinen und Metallwaren für 71 800 672 Emk., Pflanzen und Saaten für 24 499 584 Emk., Fabrikate für 182 562 000 Emk. Zusammen belief sich die Einfuhr auf 285 459 038 Emk. Die Ausfuhr Estlands im Juni d. J. belief sich auf 201 930 479 Emk. Es sind ausgeführt worden Lebens- und Genussmittel für 8 435 000 Emk., Rohstoffe für 80 877 642 Emk., Fabrikate für 109 315 337 Emk. In der Ausfuhr Estlands konnte auch im Juni der Flachs die Hauptrolle spielen. Es sind nicht weniger als für 60 225 122 Emk. Flachs im Ausland geliefert worden. An 8. Stelle folgen Stoffe und Schuhwerk für 58 437 898 Emk., Papier ist für 24 919 723 Emk. ins Ausland gelangt. Im Vergleich zum Mai d. J. ist die Ein- und Ausfuhr Estlands um nahezu 50 % gesunken.

Litauens Aussenhandel. Die Statistik über Litauens Ein- und Ausfuhr für die ersten vier Monate des Jahres 1921 liegen jetzt vor. Der Import beträgt 212 281 564 M. für die Einfuhr und 59 600 329 M. für die Ausfuhr. Die hiernach veröffentlichten Einfuhrziffern für die ersten drei Monate behaupten sich auf 139 250 879 M., der Wert der Einfuhr für den Monat April beträgt demnach über 70 000 000 M. oder anders ausgedrückt: der Wert der Einfuhr in einem einzigen Monat des Jahres 1921 ist um 10 000 000 M. grösser als der in den ersten drei Monaten des Jahres 1920, wo die Einfuhrziffern nur 60 000 000 M. betrugen. Von den Gesamteinfuhrziffern in Höhe von 212 281 564 M. für die ersten vier Monate des Jahres 1921 entfallen auf Deutschland 148 951 527 M., England 5 016 074 M. Von Litauens Ausfuhr im Werte von 59 600 329 M. in den ersten vier Monaten des Jahres 1921 kommen auf die Rechnung von Deutschland 28 230 851 M., England 11 341 698 M. Hauptausfuhrartikel waren tierische Produkte, Danaus und Lebensmittel. An tierischen Produkten bezog Deutschland für 3 071 000 M., England für 6 256 215 M.; an Danaus bezog Deutschland für 27 131 260 M., England für 199 295 M.; an Lebensmitteln bezog Deutschland für 4 492 976 M., England für 635 824 M.

Verpflichtung zur Einreichung von Kundenverzeichnissen; Auslegung des Begriffs „Bankiergeschäft". Die Reichsabgabenordnung enthält zwar keine Bestimmung des Begriffs „geschäftsmässiges Betreiben von Bank- und Bankiergeschäften", wohl aber im Abs. 4 des § 189 einige Geschäfte heraus, die als solche gelten sollen, so die Verwaltung von Wertsachen und die Ueberlassung von Schliessfächern oder ähnlichen Behältnissen an andere Unternehmungen, die Geschäfte letzterer Art gewerbsmässig betreiben, gehören also zu den im § 189 Abs. 4 aufgeführten, ihre Geschäfte sind als Bank- oder Bankiergeschäfte im Sinne der angeführten Vorschrift jedenfalls anzusehen, ohne Rücksicht darauf, ob auch unter denjenigen Begriff des „Bankiergeschäfts" fallen, in dem anderen Gesetze. Im versandten wissen wollen, und ohne Rücksicht darauf, ob der Verkehr derartiger Unternehmungen als Bankgeschäfte bezeichnet. In der Rechtslehre für das Handelsrecht ist allgemein erkannt, dass die Aufbewahrung von Wertpapieren ein Hilfsgeschäft oder ein Nebenzweig der Bankgeschäftstätigkeit ist. Trotzdem muss für das Recht der Reichsabgabenordnung und die Verpflichtung zur Mitteilung des Kundenverzeichnisses kraft gesetzlicher Vorschrift (§ 189 Abs. 4) angenommen werden, dass z. B. ein Unternehmen, das nur solche Hilfsgeschäfte des Handelsrechts geschäftsmässig betätigt, Bankiergeschäfte im Sinne des § 189 Abs. 4 betreibt. Hieraus ergibt sich weiterhin, dass es für die Auslegung des Begriffs „Bankiergeschäft" im Sinne der Reichsabgabenordnung nicht darauf ankommt, ob der geschäftsmässige Betrieb von Bankiergeschäften an den eigentlichen Bankiergeschäften oder an den Bankierhilfs-(Neben-)Geschäften zu zählen ist.

Verschärfung des belgischen Textilstreiks. Um den in den 45 Textilfabriken von Gent ausgebrochenen Streik vollständig durchzuführen, streiken auch die Nebenbetriebe, so dass durch den Ausfall von Licht und Kraft keinerlei Arbeit verrichtet werden kann.

Erwerbsgesellschaften.

Harpener Bergbau-Ges. Wie zuverlässig verlautet, steht bei der Gesellschaft eine Kapitalverdopplung bevor. Auf eine alte Aktie soll eine junge im 150 % gewährt werden. Das jetzige Aktienkapital beträgt 110 Mill. M.

Hilkwicker Eisenwerk in Friedenshütte i. Lipp. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Bilanz. Der Vorstand berichtete, dass das Liquidationsverfahren noch nicht beendet sei, weil der seinerzeit vereinbarte Kaufpreis von 10 Mill. poln. M. zwar bei der Commerzbank Warschau eingezahlt, aber infolge der dortigen Regierungsverordnung noch nicht freigegeben worden ist.

Amme, Giesecke u. Konegen A-G. in Braunschweig. In Prospekt über 4 Mill. M. neue Aktien teilt die Verwaltung mit, die Gesellschaft ist in das neue Geschäftsjahr mit einem beträchtlichen Auftragsbestand gegangen, der den Werke eine Dauerbeschäftigung gewährleistet.

Hugo Schneider A-G. in Paussdorf bei Leipzig. Die Verwaltung teilt mit, dass der allgemein günstige Geschäftsgang in der Metallindustrie auch mit Beginn des laufenden Jahres bei dem Unternehmen bemerkbar gemacht habe, wodurch sich die Umsätze bedeutend verringert haben.

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann u. Co. A-G. in Halle. Wie die Verwaltung mitteilt, ist die Gesellschaft im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres in sämtlichen Abteilungen die Werke bei zufriedenstellenden Preisen voll beschäftigt gewesen. Sie erwartet ein befriedigendes Gesamtergebnis. (i. V. 12 % Dividende).

Portland Zement- und Kalkwerke Elsa, A-G. in Neu-Beckum. In der Generalversammlung wurde, nach einem erstattet gegangenen Kapitalserhöhung um 8 Mill. M. beschlossen, wobei von den neuen von 1. August ab dividendenberechtigten Aktien 4 Mill. M. zu 115 % zu übernehmen Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 angeboten werden. Die restlichen 4 Mill. M. die zur Verfügung der Gesellschaft bleiben, werden zur Angliederung anderer Gesellschaften benutzt. Die Gesellschaft ist ausrichtend beschäftigt.

Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner a. Co. A-G. in Hamburg. Die Gesellschaft schlägt den Uebergang des ganzen Unternehmens an die Forestal Land, Timber and Railway Company vor, die mit der Rennerr-Gesellschaft schon vor dem Kriege in Verbindung gestanden hat. Die Forestal-Gesellschaft zahlt für eine Renner-Aktie von 1000 M. 525 % und dazu Bonus von 50 %, zusammen also 575 %. Das ist bei einer Anlage von 5 % eine Verzinsung von 28,75 % und bei einer Anlage von 4 % eine Verzinsung von 23 %, ein Satz, der bei den Gerbstoffen voraussichtlich niemals bieten kann. Auch wird von der Gegenseite gewährt, bis zu 25 % des Gegenwerts in Forestal ordinary Shares zu zahlen, und zwar 20 Shares à 1 £ nominell gegen eine Renner-Aktie von 1000 M. Das wurde bei heutigem Devisenstand von etwa 320 das Aequivalent auf 600 % steigern. Die Forestal-Aktien notierten gestern etwa 235 % bar. Bei der Uebernahme solcher Shares liegt der Empfänger das Valuta-Risiko. Zur Beschlussfassung über diesen Vorschlag, der von der Verwaltung befürwortet wird, wird eine ausserordentliche Generalversammlung auf den 12. September einberufen.

★

Der Uebergang eines deutschen Unternehmens an eine englische Gesellschaft ist geeignet, in der Oeffentlichkeit grösstes Aufsehen zu erregen, um so mehr, als sich herausstellt, dass es sich hier um die Kapitulation dem Kriegsgegner gegenüber, die ausländische Gerbstoffindustrie unter Verwaltung der Renner A-G. stützt sich bei ihrem Vorgehen auf den Umstand, dass die Reichsregierung der deutschen Gerbstoffindustrie einen ausreichenden Zollschutz versagt habe. Die Bildungen der Rennergesellschaft zu der englischen Forestal-Gesellschaft sind übrigens beim besten Dasein. Bereits im Jahre 1912 wurde ein Interessengemeinschaftsvertrag zwischen beiden Gesellschaften geschlossen, der aber durch die an dem Kriege entstandenen Verhältnisse seine Auflösung erfuhr. Die Renner-Gesellschaft besass 100 000 Vorzugsaktien und 86 621 Stammaktien zu je 1 £ von der englischen Forestal-Gesellschaft. Auf diesen Besitz erhielt zuerst vor kurzem eine Vorentschädigung von 5 Mill. Mark. Wie gemeldet wird, ist eine Opposition gegen den Plan der Verwaltung im Entstehen.

Vertretung in der Textilindustrie. Die Tuchfabrik Gebr. Hansen, Neumünster-Brüne, die in letzter Zeit mit mehreren Fabriken engere Beziehungen angeknüpft hat und weitere Verbindungen dieser Art vorbereitet, hat nunmehr auch mit den Tuchfabriken A. Passe & Sohn, Burg b. Magdeburg, eine enge Interessengemeinschaft geschlossen. Letztere sind unter Führung von Gebr. Hansen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Den Vorstand bilden die Herren Peter Passe und Georg Eitner, den Aufsichtsrat ausser dem bekannten Parlamentarier Prof. Passe und den Generalsekretären Spoor die drei Inhaber der Firma Gebr. Hansen, Heinrich Hansen (als Vorsitzender), Handelsrichter Hermann Davidson und Emil Eitner. Der Zusammenschluss soll nicht nur dem gemeinsamen Ein- und Verkauf, sondern auch in der Hauptsache der Fabrikation dienen und dadurch eine rationelle Ausnutzung der Betriebe, die bedeutend vergrössert werden, gewährleisten.

B. Wittkop A-G. für Tiefbau in Berlin. Laut Prospekt über 1,46 Mill. M. neue Stammaktien ist die Gesellschaft mit Aufträgen reichlich versehen. Der bisher abgelaufene Teil des laufenden Geschäftsjahres verlief befriedigend. Die Geschäfte hofft daher, auch auf das erhöhte Kapital eine der vorjährigen ähnliche Dividende (i. V. 20 %) verteilen zu können.

Deutsche Bierbrauerei A-G. in Berlin. Einer Generalversammlung wird der Anschluss verschiedener Unternehmungen und Kapitalserhöhung vorgeschlagen. Es handelt sich um den Erwerb der Eintracht-Brauhaus A-G. in Düsseldorf, bei Obernzell und der Brauerei zum Feldschlösschen A-G. in Dresden. Ersteres ist hinsichtlich ihrer Erzeugung mit der von der Deutschen Bierbrauerei A-G. betriebenen Radeberger Exportbierbrauerei in Radeberg eng verwandt. Letztere arbeitet mit Radeberg schon seit vielen Jahren in engster Interessengemeinschaft. Beide neu anzugliedernden Betriebe sollen in vollem Umfange weitergeführt werden. Die Aktien werden in der Weise umgetauscht, dass die beiden Fällen auf 10 Aktien je 9 junge Aktien der bisherigen Bierbrauerei A-G. gewährt werden, die hiervon sowie zur Stärkung der Betriebsmittel ihr Grundkapital um 6 Mill. M. erhöht. Aus den jungen Aktien wird den Inhabern der Aktienbriefe von den früheren Feldschlösschen-Aktionären ein Bezugsrecht von einer jungen Aktie auf je drei alte bzw. umgetauschte Aktien zum Kurse von 170 % gewährt werden. Der Brauereibetrieb der in der deutschen Bierbrauerei künftig vereinigten Betriebe wird 555 000 Hektoliter betragen.

Nürnberger Lebensversicherungsbank. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 % (wie i. V.) fest. Die verspätete Vorlage des Geschäftsberichtes und der Bilanz wurde mit der Anschreibung des Registers der Lebensversicherungsbank begründet und damit auch seitens der Generalversammlung entschuldigt.

Berliner Börse vom 9. August.

Die Börse hatte heute keine gleichmässige Haltung. Die Devise New York schwächte sich zwar ab, Ententedevisen dagegen waren zunächst gut behauptet, da Amsterdam für diese Kurse fest blieb. Unter Oberschlesien war die Börse vorwiegend weiter optimistisch gestimmt, so dass von dieser Seite eine starke Stütze gegeben war.

Von oberschlesischen Werten waren nur Oberschlesische Kokswerke schwächer (500), während sonst Kursgewinne bis zu 10 % erzielt wurden, Bismarckhütte notierten sogar 25 % höher. Von rheinisch-westfälischen Montanwerten traten zunächst nur Rheinstahl stärker hervor, sie zogen auf spekulative Käufe und Gerüchte über eine Kapitalserhöhung 9 % an, gaben aber später auf 624 nach. Harpener setzten 20 % höher ein auf Käufe aus dem Rheinland, woraus die Börse auf eine bevorstehende Kapitalstransaktion schloss (vgl. unsere Notiz). Der Höchstkurs des Papiers war 661, wovon 5 % später wieder verloren gingen. Von chemischen Werten waren nur Rütgerswerke beachtet und fest (505), während sich sonst die Kurse ungefähr behaupteten. Elektrowerte waren vernachlässigt und abgeschwächt. Von Nebenwerten waren Augustin-Nähmaschinen 8 % mehrtägiger Pause heute stärker gefragt, brückelten aber später ab (813 nach 821). Sehr fest lagen ferner Berliner Maschinen die vorübergehend 20 % höher notierten, aber im Verlaufe auf 639 zurückgingen. In Zusammenhang damit fand lebhaftes Geschäft in Ludwig Loewe-Aktien statt, die sich 10 % höher auf 478 stellten. Sehr fest lagen Nebenwerte meist schwächer oder nur gut behauptet. Schiffahrtsaktien waren wenig verändert. Amerikanische Bahnen schwächten sich ab.

Am Einheitsmarkt war die Haltung weiter fest. Jedoch war die Geschäftstätigkeit erheblich geringer als gestern, da das Publikum nach der gestrigen Kauflust sich heute zurückhaltender zeigte.

Es notierten höher:

Malmedie 50, Caroline 45, Kammerichwerke 18, Chem. Fabrik Burchardt 40, Wunderlich 21, Leipziger Weisszeug 20, Nordd. Steingut 50, C. Lorenz 36, Plauener Tüll 10, Düsseldorfer Eisenhütte 30, Rheinische Mobelstoffe 30, Saretti 200, Badische Maschinen 20, Hilpert 12, Mühle Rüningen 100, Gebauer u. Co. 15, Segall 20, Reiss u. Machner 19, Schwabenthal Maschf. 200, Bayer. Cellulose 15, Velbert 19, Dische, Babcock 70, Ver. Glanzstoff Fabrik 50, Dische, Wolle 30, Cons. Marie 100.

Niedriger: Passage 19, Kronprinz Metall 50, Tracheenberg Zucker 100.

Am Markt der nicht notierten Werte war das Geschäft weniger umfangreich als an den Vortagen. Zu Beginn war die Haltung fest, später jedoch gaben die Kurse nicht unerheblich nach. Phönix Braunkohle erhöhten 60 % höher, im weiteren Verlaufe wurden sie aber 35 % niedriger angeboten. E. Wolf wurden anfangs 2 % niedriger gehandelt. Von einer 12 %igen Belastung gingen 9 % wieder verloren (45). Das Geschäft war teilweise sehr lebhaft. Fest lagen Ludwig Gans (275 A 250). Für Chemische Zeitz bestand zu 70 % Interesse. Im übrigen sind noch folgende Kurse zu erwähnen: Deutsche Petroleum 810 A 15 % höher, Maschinenfabrik Hebach 825, Decker Stahl 1400, Berlin Unger Eisen 339, Paurisch Stammaktien 500, Trierer Walzwerke 600, Fimier Brückenbau 435 B, Gebr. Stöwer 900, Mannesmann Maizg 43, Benz 211 A 236, Hanns Lloyd 155, Dieter Porzellan 630, Sirolauer Glas 850, Christoph u. Unmack 475, Harzer Kalk A 500, Braunkohle Glückauf 370 B, Chem. Mannesmann 565, Teichgräber 290, Schadebrodt 500, Holzbrugger 900, Kabel-Rheydt 630, Junge Tiap 324, Meyer-Kaufmann 366 A 360, Lichtenberger Wolle 372, Meyer Textil 229 B, Deula Bloscop 65, Gewald Film 300, Kinkelin wurden fest, ohne Geschäft, Heldburg 325, Ronneburg 402, Halle Kali 295, Hannover Kali 470, Adler Kali 280, — Masefelder Kupferkuxe lagen weiter fest. Sie zogen an Beginn auf 6600 M. an, verloren aber dann bei Realisationen der Spekulation 2000 M. Von Kolonialwerten waren Deutsche Kolonialanteile 1 % höher. Auch Südsee Phosphat lagen etwas fester (1513), Sallirera Share 4100.

Valutamarkt.

Vom Berliner Devisenmarkt. Im Anschluss an den leicht gebesserten Markkurs schwächten sich hier amerikanische Zahlungsmittel ab. Sonst war die Haltung behauptet, rumänische Zahlungsmittel fest. Im freien Verkehr der Börse wurden notiert: Amsterdam 250¼, London 299,50, Italien 355¼, Wien 8,80, Bukarest 104—104¼, Brüssel 607, Paris 627, Helsingfors 122½, Prag 102, Warschau 43, Agram 47½, Kabol New York 1 Kronen Satz-ung: Wahr.: 95 M., 1 Gld. holl. Währung: 170 M., 1 F. oder 1 Lira oder 1 Peseta oder 1 Krone Währung: 60 M., 1 Rubel Währung: 30 M., 1 F. = 1,25 M., 1 Peso (Goldstück M., 1 Peso (argentin. Papiers: 1,70 M.

Kurszettel vom 9. August 1921

Umrechnungssätze: 1 Lstr. = 20,40 M., 1 Doll. = 4,20 M., 1 Kronen = 0,75 M., 1 Guilder (holl.) = 1,70 M., 1 Rubel (alt) = 2,16 M., 1 Rubel (neu) = 1,08 M., 1 Lira = 0,80 M., 1 Peso = 1,70 M., 1 Peso (argentin. Papiers) = 1,70 M.

Amtliche Wechselkurse

Tag	Devisen	Geld	Brief	Geld	Brief
4/8	Buenosaire-Buenos Aires	2400	2525	2400	2525
4/8	Holland . . Gulden	6174	6194	6172	6192
4/8	Christiania . Kr.	1232	1234	1232	1234
4/8	Kopenhagen . Kr.	1232	1234	1232	1234
4/8	Stockholm . Kr.	1732	1734	1732	1734
4/8	Helsingfors . Fm. M.	122 88	123 19	122 63	123 01
4/8	Italien . . Lire	355 25	356 15	355 25	356 15
4/8	London . . Lstr.	295 95	296 55	295 20	295 80
4/8	New York . Doll.	80 95	81 15	80 95	81 15
4/8	Paris . . . Frk.	625 35	626 65	623 35	624 65
4/8	Prag . . . Kr.	241 40	242 60	241 40	242 60
4/8	Spanien . . Pes.	1046	1048	1046	1048
4/8	Wien . . . Kr.	—	—	—	—
4/8	Deutschl. Kr.	8	8	8	8
4/8	Prag . . . Kr.	33	33	33	33
4/8	Budapest . Kr.	20 32	20 34	20 31	20 33

Devisen und Banknoten.

Laufende Kassa-Notierungen nach amtl. Feststellung

Dän.-Sk.-Ausl.	17,50	Obschl. E.-L.	300
Ob'n	86,62	Phönix	999-1003
Ob'n	87,27	Rheinstahl	624
eFk Pr. Kons.	70,37	Rombacher	360,50
Ob'n	70,37		
Ob'n	69,75-62	A.G.f. Anilin	342,50
		Bad. Anilin	400
Berl. Handels	190,50	Elberf. Farb.	366-39
Dresdner	140	Höchst. Farb.	348,50
Dtmst. Bank	140	Ch. Kokw.	500
Disconto-Ges.	152,50-3,50	Siemens	555-51
Dresd. Bank	113,25		
Mitteldeutsche Cr.	90	Allg. Kl. Ges.	341
Nat. Bank f. D.	190,50	Allg. Lok. u. Kbh.	342
		Bayer. Motor	275
Ges. f. Elektr.	400	Deutsch-Luxem.	275
Gesfürel. Gas	375-19-21	Felten-Guill.	387
Gest. Kred.	690	Schuckert	580-82
Türk. Tabak	1300	Siemens	555-51
Argo Dampf	90	Berl. Masch.	639-41
Hbg. Paketf.	176,62	Gebr. Stöhr	900
Hansa	290	Hamm.	258-56
Nordd. Lloyd	128,25	Dc. Waffen	663
		Lyn. Metall. Dach	243-261
Bismarckhütte	665	Hirsch Kup.	560-61
Buth. Hütte	584	Rio-Rodder	188
Dt. Erdöl	810	Linke Hofmann	500
Harpener	624	Lodw. Löwe	473-8
Hohenlohe	290-91	Arenst. Kohl	600
Ilse Bergb.	1000	Bergmann	340
Kattowitzer	500	Berl. Kraftw.	340
Laurahütte	290-91	Bremen-Besigh.	242-6-5-7-8
Mannesm.	428,50-31	Ver. Elbe	241-5-7-1-78
Oberschl. E.	290-92	Neu-Guinea	341-45
		Ost Mannesm.	340
		do. Gesn.	340

Einheitskurse

Deutsche Anleihen	Merk.	90	Deutsche Reichsanleihe	8	87,00
Reichsanl. 15	5	89,90	do. 04	4	68,00
Reichsschatz. 1924	5	87,00	Ges. Schatz.	4	68,00
do Agio anl.	4%	72,50	do. E-A.	4%	75,50
do. Kriegsanl.	5	77,50	do. Kron.	4	68,00
Reichsanl. 24	5	77,50	do. Gold	4	68,00
do.	5	64,75	Hamb. St.	3	37,00
do.	5	64,75	do.	4	50,00
do.	5	64,75	Hess. Ldb.	4	70,00
Schatzg. Anf.	5	70,00	do.	4	70,00
Schatzg. Ausl.	5	70,00	Meckl. Schw.	4	68,00
Fr. Schatz 22	5	99,75	do.	4	68,00
do. 1. 1. 22	5	99,75	Oldenb.	4	68,00
do. 1. 5. 24	5	99,75	Sachsen	4	68,00
Kriegsanl. Ital.	5	99,75	Sachsen-Alt.	4	68,00
Preuß Konsol	5	99,75	do. Gold	4	68,00
do.	3½	60,75	do. Zoll	4	67,00
do.	3½	60,75	do. Rente	4	68,00
Bad. Staatsanl.	4	81,00	Ung. Rente	1%	49,00
Bay. Sc.-Anl.	4	81,00	do. Gold	4	31,10
Bremen	4	83,75	do. Gold	4	31,10
Bremen 1913	5	83,75	do. Kronen	4	19,10
Hamb. St. 1913	5	83,75	do.	4	19,10
do. 1914	5	81,75	Lissabon	—	1,00
Hessen 1913	5	83,75	Lissabon	—	1,00
do. v. 14	5	83,75	Wien Invest.	4	30,00
Mecklenb. v. 14	5	83,75	Wien Stadt	4	30,00
Sachsen-Alt.	5	83,75	Chil. Hyp.	4	84,00
Württ.	5	83,75	Zentr. Bodenkr.	4	84,00
Preuß. Rentenbriefe			Poln. Pfandbr.	4%	14,75
Preußische	4	59,75	Ini. Hyp.-Pfdb.		
Schles. Wester	4	59,75	Berl. Hyp.	4	72,50
do.	4	59,75	do.	4	72,50
Ini. Pfandbriefe			do.	4	72,50
Berl. Pfandb.	4	72,50	do.	4	72,50
do.	4	72,50	do.	4	72,50
do.	4	72,50	do.	4	72,50
do